

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 131

MÄRZ/APRIL 1998

DM 1,-

Deutscher Imperialismus will über Balkan/Türkei ans Nahost-Öl Verteidigt Irak gegen US-Angriff! Bundeswehr raus aus dem Balkan!

Nachfolgend drucken wir das Spartakist-Extrablatt vom 26. Februar 1998 ab.

Mit dem Irak-Abkommen hat der UN-Generalsekretär Kofi Annan die Zusage des irakischen Präsidenten Saddam Hussein ausgehandelt, sich dem imperialistischen Diktat nach „direktem, ungehindertem und bedingungslosem“ Zugang für die UN-Waffeninspektoren zu unterwerfen. US-Präsident Clinton stimmte „mit Vorbehalt“ zu und drohte gleich mit „ernsten Folgen“, falls dem US-Imperialismus irgend etwas in die Quere kommt. Die Gefahr eines militärischen Massakers an der Bevölkerung Iraks ist alles andere als vorbei, die US-Truppenstationierung im Golf geht ungehindert weiter – bis jetzt sind über 300 US-Kriegsflugzeuge, 32 Kriegsschiffe und 30 000 Soldaten im Golf stationiert.

Wenn es zu einem Bombenangriff der US-Imperialisten auf den Irak kommt, rufen wir Trotzisten der Spartakist-Arbeiterpartei, deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), zur *militärischen Verteidigung des Irak gegen die Angriffe des amerikanischen und britischen Imperialismus* auf. Die IKL hat mit Protesterkklärungen und Kundgebungen in den USA und



Der Spiegel

US-Aufmarsch im Golfkrieg 1991 forderte Zehntausende Opfer

international für die Verteidigung des Irak gegen imperialistische Angriffe demonstriert und gefordert: *Nieder mit der UN-Hungerblockade!*

Als proletarische Internationalisten bekämpfen wir unseren „eigenen“ Imperialismus: die Bourgeoisie von Auschwitz, die für ihre weltweiten Interessen schon zweimal in diesem Jahrhundert die Welt mit Krieg überzog. Mit dem Bundeswehr-Einsatz auf dem Balkan und der Unterstützung des mörderischen türkischen Regimes sichert sich der deutsche Imperialismus Absatzmärkte und Rohstoffe für seine Profitinteressen. Wir fordern: *Bundeswehr raus aus dem Balkan! Deutscher Imperialismus: Hände weg vom Nahen Osten!*

In den letzten acht Jahren haben die amerikanischen, deutschen und anderen imperialistischen Mächte, unter der Schirmherrschaft der UNO, dem irakischen Volk bereits schreckliche Verwüstungen zugefügt. Im einseitig geführten Golfkrieg 1990/91 wurden Zehntausende abgeschlachtet, und das Wirtschaftsembargo gegen den Irak hat mehr als eine Million Menschen getötet, darunter *mehr als 600 000 Kleinkinder.*

Fortgesetzt auf Seite 7

Nieder mit der UN-Hungerblockade!



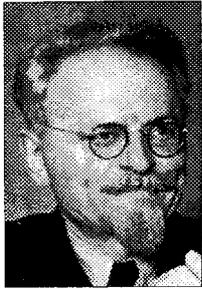
Le Nouvel Afrique Asie

Protest gegen mörderische UN-Blockade im Irak, 1995. Banner:
„Wir brauchen Medikamente, stoppt die Sanktionen“

Zerschlagt imperialistischen Kriegskurs durch Arbeiterrevolution!

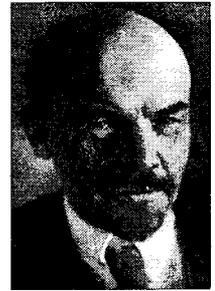
N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025

Die nationale Frage in der imperialistischen Epoche



TROTZKI

Die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion hat auf der ganzen Welt zu wachsenden interimperialistischen Rivalitäten und zum Wiederaufleben des nationalen Chauvinismus geführt. In Westeuropa und den USA haben sich Repression und Terror gegen Immigranten und nationale Minderheiten ungeheuer verschärft. Die Militärinterventionen der US-Imperialisten gegen den Irak und der Bundeswehr-Einsatz auf dem Balkan zeigen anschaulich, mit welchen Mitteln die Imperialisten ihre Herrschaft sichern. Das den halbkolonialen Ländern, z.B. Südkorea und Indonesien, aufgezwungene Diktat des Internationalen Währungsfonds beweist, daß ehemalige Kolonien, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre formale Unabhängigkeit erreicht haben, nicht von der imperialistischen Unterjochung befreit worden sind. Wie Trotzki 1934 in „Krieg und die IV. Internationale“ betonte, kann es eine gerechte und demokratische Lösung der nationalen Frage nur durch die sozialistische Revolution geben.



LENIN

Das Proletariat verhält sich nicht gleichgültig zur Nation. Im Gegenteil, gerade weil die Geschichte ihm das Schicksal der Nation in die Hand legt, lehnt es ab, die Sache ihrer Freiheit und Unabhängigkeit dem Imperialismus anzuvertrauen, der die Nation nur „rettet“, um sie morgen schon neuen Lebensgefahren auszusetzen namens der Interessen einer winzigen Ausbeuterminderheit.

Während er die Nation für seine Entwicklung ausnutzt, hat der Kapitalismus nirgends, auf keinem Fleck der Erde, die nationale Frage gänzlich gelöst. Die Grenzen des Versailler Europas sind quer durch das lebendige Fleisch der Nationen gezogen. Reinste Utopie ist der Gedanke, das kapitalistische Europa so umzuschneiden, daß die Grenzen der Staaten mit den Grenzen der Nationen zusammenfallen. Auf friedlichem Wege wird kein einziger Staat auch nur einen Fußbreit Boden abtreten. Ein neuer Krieg aber würde Europa wieder nur umschustern nach Maßgabe der Kriegskarte und nicht der Grenzen der Nationen. Die Aufgabe der völligen nationalen Selbstbestimmung und friedlichen Zusammenarbeit aller Völker Europas ist nur zu lösen auf Grund des wirtschaftlichen Zusammenschlusses eines von bürgerlichen Staaten gesäuberten Europas. Die Losung der *Vereinigten Sowjetstaaten von Europa* ist die rettende Losung nicht allein für die Balkan- und Donauländer, sondern auch für die Völker Deutschlands und Frankreichs.

Einen besonderen und zwar großen Raum nimmt die Frage der *kolonialen und halbkolonialen Länder des Ostens* ein, die erst um den unabhängigen Nationalstaat kämpfen. Ihr Kampf ist zweifach fortschrittlich: indem er die zurückgebliebenen Völker dem Asiatentum, dem Partikularismus und dem fremdländischen Joch entreißt, erteilt er

den Staaten des Imperialismus gewaltige Schläge. Man muß sich aber von vornherein klar Rechenschaft darüber ablegen, daß die verspäteten Revolutionen in Asien oder Afrika nicht imstande sind, eine neue Blütezeit des Nationalstaats heraufzubeschwören. Die Befreiung der Kolonien wird nur eine grandiose Episode sein in der sozialistischen Weltrevolution, wie die verspätete demokratische Umwälzung in Rußland, das auch ein halbkoloniales Land war, nur die Einleitung der sozialistischen Umwälzung bildete.

In *Südamerika*, wo der verspätete und bereits faulende Kapitalismus die Verhältnisse eines halbkolonial, d.h. halbversklavten Daseins aufrechterhält, erzeugen die Weltantagonismen einen heftigen Kampf der Kompradorencliquen, unaufhörliche Umstürze im Innern der Staaten und chronische Kriegsgeplänkel zwischen ihnen... Sich aus der Zurückgebliebenheit und Knechtschaft losreißen können Süd- und Mittelamerika nicht anders als durch die Einigung all ihrer Staaten in einem mächtigen Bund. Diese grandiose geschichtliche Aufgabe zu lösen ist jedoch nicht die rückständige südamerikanische Bourgeoisie ausersehen, ganz und gar käufliche Agentur des fremdländischen Imperialismus, sondern das junge südamerikanische Proletariat als der berufene Führer der unterdrückten Volksmassen...

Das nationale Problem verknüpft sich allenthalben mit dem sozialen. Nur die Eroberung der Macht durch das Weltproletariat vermag *allen* Nationen unseres Erdballs wirkliche und unerschütterliche Entwicklungsfreiheit zu sichern.

Leo Trotzki, „Krieg und die IV. Internationale“, Juni 1934

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteurin: Doris Kohn
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Wolfgang Stern

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (6 Ausgaben) DM 10,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

MÄRZ/APRIL 1998

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

131
N.Y. SPARTAKIST
P.O. BOX 7429
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, N.Y. 10116
2501

Weg mit jeder Zwangsberatung!

Ersatzlose Streichung von § 218/219!

Pünktlich vor seiner Reise nach Kuba heizte der Papst seinen Kreuzzug gegen die Abtreibung wieder an. In Kuba will er eine Organisation wie die konterrevolutionäre Solidarność anzetteln, die den deformierten Arbeiterstaat Polen zerstört und Abtreibungen praktisch verboten hat. In Deutschland fordert er von seinen katholischen Beratungsstellen, keine Scheine mehr auszustellen, die laut Gesetz Bedingung für eine „rechtswidrige“, aber „straffreie“ Abtreibung sind.

Die Zwangsberatung ist ein Ergebnis des berüchtigten Parteienkompromisses, bei dem die SPD- und PDS-Abgeordneten den § 218/219 zustimmten. Diese Schandparagrafen gehen auf Bismarck zurück, der die Abtreibung kriminalisierte, weil er Kanonenfutter für seine zukünftigen Kriege brauchte. Um also unzählige Menschenleben verheizen zu können, mußte das „ungeborene Leben geschützt“ werden.

Genau dem „ungeborenen Leben“ dient auch heute die Zwangsberatung. Sie ist eine Erniedrigung der Frau und verbreitet die Ideologie, daß Sex zur Vermehrung da sei, das Leben mit dem befruchteten Ei anfangs und Abtreibung „Mord“ sei. Abtreibung und Geburtenkontrolle betreffen direkt die Frage der Gleichheit der Frauen. Sie geben den Frauen ein Quentchen Kontrolle darüber, ob sie Kinder haben wollen oder nicht, und werden als Bedrohung der Institution Familie verstanden. Wir Marxisten erkennen in der Familie das Hauptinstrument zur Unterdrückung der Frau in der Klassengesellschaft. Die Spartakist-Arbeiterpartei fordert: Bullen, Richter, Pfaffen raus aus den Schlafzimmern und Arztpraxen! Für die Trennung von Staat und Kirche! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch!

Jede herrschende Kapitalistenklasse versucht, die Bevölkerung durch den disziplinierenden und konservativen Einfluß der Familie weiter zu reglementieren. Der verschärfte Angriff auf die Abtreibung findet im Kontext der kapitalistischen Konterrevolution in DDR und Sowjetunion statt, die zu der weltweiten kapitalistischen Offensive gegen die Arbeiterklasse führte. Zusammen mit Immigranten werden Frauen als erste gefeuert – als industrielle Reservearmee. Für eine Abtreibung müssen sie DM 600 bis 1500 zahlen.

Obwohl die DDR als Arbeiterstaat bürokratisch deformiert war, waren im Rahmen der Planwirtschaft über 90 Prozent der Frauen berufstätig und es gab Kinderversorgung für alle. Allerdings mußten die Frauen die „zweite Schicht“ im Haushalt fahren – in der Familie, die die Stalinisten als „Keimzelle des Sozialismus“ hochjubelten, um ihre bürokratische Kontrolle und Knebelung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Das reaktionäre Spießertum der Stalinisten – mit ihrem nationalistischen Dogma vom „Sozialismus in einem (halben) Land“ – war Ausdruck der materiellen Interessen der Stalin-Bürokratie, die 1923/24 der Arbeiterklasse die politische Macht entrissen hatte. Im Gegensatz dazu verstehen wir Trotzisten, daß die Befreiung der Frau erst in einer sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden kann: auf Grundlage einer internationalen Planwirtschaft, die materiellen Überfluß produziert und die vorhandenen Ressourcen in den Dienst der Menschheit stellt. Auf dieser Grundlage kann die Familie mit ihren verdummenden, unterdrückerischen Funktionen ersetzt werden durch Vergesellschaftung der Kinderbetreuung und Hausarbeit, so daß die Frauen voll am sozialen und politischen Leben teilnehmen können.

Nach dem Vorstoß von Papst und Familienministerin Nolte verteidigte die Linksruck-Gruppe die katholische Zwangsberatung. Zwar sagt sie unter der vielversprechenden Überschrift „218 streichen“: „Unsere Forderung ist eine straffreie,



Spartakist

Berlin, 1993: Protest gegen den Paragraphen 218

„kostenlose Abtreibung für alle Frauen ohne Zwangsberatung!“ (Linksruck, 5. Februar). Doch das wollen diese Reformisten offenbar künftigen Generationen vorbehalten. Denn im gleichen Artikel bemerkt Linksruck eine „breite Allianz von einzelnen CSU-Politikern bis hin zu Grünen“, die „eine Beibehaltung der kirchlichen Beratung samt Scheinen fordern“. Also, folgert Linksruck, „ist diese Forderung erst einmal richtig“. Linksruck pfeift auf die Frauen, die mit katholischer Moral und Schuldgefühlen vollgestopft werden, wenn sie eine Abtreibung wollen. Sie sind für Linksruck nur eine Manövrierarmee, um die rassistische, frauenfeindliche SPD „in die Offensive“ zu treiben – ausgerechnet die SPD, die entscheidend war für die Durchsetzung des Anti-Abtreibungsparagrafen und heute „Verrat am seelsorgerischen Auftrag der Kirche“ (SPD-Frauenpolitikerin Hanewinkel) schreit.

Linksruck & Co. geben als „Reformen“ aus, was in Wirklichkeit – wie der 218 mit seiner Zwangsberatung – Gegenreformen sind. Das ist das logische Ergebnis der reformistischen Politik des „kleineren Übels“: Das Übel wird größer und die Reform kleiner. Diese grotesken „Linken“ haben sich nicht nur an das bürgerliche Bewußtsein angepaßt, sondern helfen aktiv mit, die reaktionäre bürgerliche Ideologie in die Arbeiterklasse hineinzutragen.

Nach der Oktoberrevolution von 1917 legalisierten die Bolschewiki die Abtreibung und kämpften, trotz weitverbreiteter Armut und Rückständigkeit, für die Integration der Frauen in die Gesellschaft: Jede Köchin soll regieren können! In seinem Kampf gegen Stalins politische Konterrevolution nannte Trotzki das Recht auf Abtreibung „eines der bedeutendsten politischen und kulturellen Bürgerrechte ... was die Eunuchen und alten Jungfern beiderlei Geschlechts darüber auch sagen mögen“. Wir Trotzisten von heute stimmen dem zu. Weg mit den Paragraphen 218/219! ■

Spartakist-Veranstaltungen

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Frauen und permanente Revolution in Südafrika

Berlin: Donnerstag, 12. März, 18.30 Uhr
Humboldt-Universität, Unter den Linden 6
(Raum auf Anfrage)

Hamburg: Mittwoch, 11. März, 18.30 Uhr
Werkstatt 3, Nernstweg 32–34
Seminarraum, 1. Etage (S-Bahn Altona)



Berlin: Aktionseinheit vor Innensenat, initiiert von der Spartakist-Jugend

Weg mit rassistischem Arbeitsverbot!

Berlin – Am 18. Dezember 1997 forderten knapp hundert Demonstranten vor dem Berliner Innensenat auf einer kämpferischen Protestkundgebung, initiiert von der Spartakist-Jugend: „Weg mit dem rassistischen Arbeitsverbot gegen ausländische Studenten!“ Diese Kundgebung wurde unter anderem von der Interessenvertretung ausländischer Studierender der Humboldt-Universität (IVAS), der stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Brigitte Reich, Streikaktivisten der Humboldt-Uni und der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO) unterstützt.

Spartakist-Jugend

Dieses rassistische Arbeitsverbot ist Teil des Staatsterrors gegen Immigranten, der als Rammbock für den Sozialraub gegen die ganze Arbeiterklasse dient. Uns Trotzkiisten ist klar, daß im Kampf für Kommunismus und für den Aufbau der revolutionären trotzkistischen Partei die Rechte der besonders Unterdrückten wie Immigranten, Frauen, Homosexuelle, zentral sind: Arbeiter und Immigranten gewinnen gemeinsam oder werden getrennt geschlagen.

Die jetzigen Angriffe der deutschen Bourgeoisie sind eine direkte Folge der Konterrevolution in den deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten DDR und Sowjetunion. Deren Existenz veranlaßte die Bourgeoisie, die „Sozialstaats“-Maske aufrechtzuerhalten, aus Angst vor einer proletarischen Revolution. Die kurdischen und türkischen Arbeiter, konzentriert in den strategischen Industrien, sind Schlüssel für eine Revolution in Deutschland und lebendige Brücke für die Arbeiterrevolution in der Türkei. Deshalb haben wir in die Studentenproteste interveniert, um Jugendliche zur Verteidigung von ausländischen Studenten und Immigranten gegen das rassistische Arbeitsverbot und zum revolutionären Programm zu gewinnen.

Die pseudotrotzkistischen Gruppen, wie die Cliff-Anhänger von ISO und Linksruck, der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), haben jede konterrevolutionäre Bewegung gegen die Sowjetunion unterstützt, wie z. B. die antisemitische klerikale Solidarność in Polen. An den Unis übernehmen die reformistischen und zentristischen Lakaien der SPD und PDS deren rassistische Politik. So kämpfte der RSB zusammen mit dem RefRat (AStA) der Humboldt-Uni Berlin – wenn auch erfolglos – gegen unseren Protest.

Die SPD führt den rassistischen Staatsterror an. Ein Beispiel dafür waren die protektionistischen „Standort-Deutschland“-Demonstrationen von arbeitslosen Bauarbeitern, mobilisiert durch die IG-Bau-Bürokratie im März vorigen Jahres in Berlin. Als ein Rep-Nazi bei diesen Demos

Flugblätter mit der Überschrift „Deutsche Bauarbeiter, kämpft für Arbeitsplätze für Deutsche“ verteilte, wurde er von Gewerkschaftsbürokraten in Schutz genommen. Linksruck beteiligte sich mit einem Block an dieser rassistischen Demo, die zu einer pogromartigen Jagd auf ausländische Arbeiter am Reichstag eskalierte.

Und als die SPD letzten September ihre rassistischste Wahlkampagne seit Jahrzehnten durchführte, riefen die Linksruck-Jusos auf: „SPD wählen – ohne Illusionen!“ und gaben damit der SPD Flankenschutz von „links“. Mit „Einheit-gegen-rechts“-Demos gingen sie unter radikalen Jugendlichen auf Stimmen- und Mitgliederfang für „Schröfontaines“ SPD, die die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie kettet. Wir Trotzkiisten wollen dagegen die Arbeiterbasis der SPD von ihrer prokapitalistischen Führung brechen. Wie Lenin betont: „Einheit mit den Opportunisten bedeutet jetzt in der Praxis Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die ‚eigene‘ nationale Bourgeoisie, Bündnis mit dieser Bourgeoisie zur Unterdrückung fremder Nationen und zum Kampf für die Großmachtprivilegien, also Spaltung des revolutionären Proletariats aller Länder“ („Sozialismus und Krieg“, August 1915).

Der andere Teil der Cliff-Anhänger, die ISO, will sich zwar ein Anti-SPD-Image verschaffen, aber im Kleingedruckten wollen sie auch nichts anderes als eine SPD-Regierung. Sie fordern, „das Kreuzchen links von der gegenwärtigen Regierung zu machen“ („Thesen zur politischen Lage“, *Linke Offensive*, Januar 1998). Kein Wunder, daß sie auf unserem Protest trotz mehrmaliger Aufforderung nichts zu sagen hatten.

Der RSB ruft zur Wahl der PDS auf und steht voll hinter deren proimperialistischen Politik. Die RSB-Zeitung *Avanti* (Dezember 1997) empört sich: „Die grünen ‚Menschenrechtler‘ fordern geradezu den Bundeswehreinsetz aus humanitären Gründen – natürlich nicht dort, wo es nur um Freiheit und Humanität geht wie bei den KurdInnen oder gegen den Genozid an den Tutsis“. Das heißt, die Bundeswehr soll für „Freiheit und Humanität“ in Kurdistan und Afrika sorgen – etwa wie das deutsche Militär im Zweiten Weltkrieg?! *Das ist Loyalität zur eigenen Bourgeoisie.*

Wie Conni von der Spartakist-Jugend auf dem Protest sagte:

„Wir von der Spartakist-Jugend wollen Studenten und Jugendliche zum Verständnis gewinnen, daß wir eine revolutionäre Partei brauchen, die auf dem Programm von Lenin und Trotzki basiert. Nur diese Partei, die in Lenins Worten als Volkstribun agiert und für alle Unterdrückten kämpft, kann sie und auch die revolutionäre Intelligenz, die unter den Studenten zu finden ist, hinter der Macht der Arbeiterklasse vereinigen in dem Kampf für neue Oktoberrevolutionen weltweit. Schließt euch unserem Kampf an.“ ■

Stoppt SPD-geführte Hexenjagd gegen Ex-DDR-Bürokraten!

Nach der Inhaftierung von Markus Wolf am 15. Januar sandte das mit der SpAD verbundene Komitee für soziale Verteidigung sofort ein Protestschreiben an das Oberlandesgericht Frankfurt/Main. Nachfolgend drucken wir in leicht gekürzter Form das Flugblatt der Spartakist-Jugend vom 20. Januar 1998 ab, das bei Studentenprotesten und an Universitäten verteilt wurde.

Die Spartakist-Jugend protestiert aufs schärfste gegen die Einkerkierung von Markus Wolf, der am 15. Januar für mehrere Tage in Beugehaft geworfen wurde, um ihn zu zwingen, gegen einen seiner ehemaligen Mitarbeiter auszusagen. Zwar wurde Wolf inzwischen auf freien Fuß gesetzt, aber er kann jederzeit wieder in den Knast geworfen werden. Seine Inhaftierung ist Teil des fortgesetzten Rachefeldzugs gegen ihn aufgrund seiner Arbeit als Leiter der DDR-Aufklärung während des Kalten Krieges. Er wird fortwährend vom BND verfolgt, der aus den Resten von Hitlers antisowjetischem Spitzelapparat aufgebaut wurde und dessen Hauptziel es war, den deformierten Arbeiterstaat DDR zu unterminieren. Es spricht für Wolf, daß er sich jetzt weigert, diejenigen zu verraten, die ihm Hilfe leisteten. Wir fordern: Hände weg von den Ex-DDR-Bürokraten!

Die stalinistische Bürokratie war eine parasitäre Kaste, die sich auf die proletarischen Eigentumsformen eines deformierten Arbeiterstaates stützte und dabei durch bürokratische Polizeistaatsmaßnahmen ein politisches Machtmonopol über die Arbeiterklasse ausübte. Aber die Stalinisten werden von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt. Für die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz, die sechs Millionen Juden im Holocaust ermordete, besteht das Verbrechen der stalinistischen Bürokraten der ehemaligen DDR darin, daß diese den militärischen Sieg der Roten Armee symbolisierte. Mit ihrem Sieg über Nazi-Deutschland wurde in einem Drittel des Landes der Kapitalismus enteignet und damit der Ausbeutung durch die Bourgeoisie entzogen. Weil die Berliner Mauer eine Verteidigung der kollektiven Wirtschaft der DDR darstellte, wenn auch auf bürokratische Weise, haßte die Bourgeoisie sie, und deswegen verteidigten wir Spartakisten die Mauer. Jetzt bezichtigt hochmütig die gleiche herrschende Klasse, die aus Furcht vor einer Arbeiterrevolution 1933 die Nazis an die Macht holte – damit diese brutal alle Arbeiterorganisationen zerschlagen konnten –, die Überbleibsel des bankrotten Stalinismus des „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“!

Wir Spartakisten von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) haben die DDR gegen die Imperialisten und die von den Stalinisten, Bürgerbewegungen und der SPD geschürte innere Konterrevolution verteidigt. In die 1989 entstehende politische Revolution in der DDR intervenierten wir mit unserem trotzkistischen Programm für ein Rotes Rätendeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, was bedeutete, die stalinistische Bürokratie durch eine proletarisch-politische Revolution hinwegzufegen und in Westdeutschland die Bourgeoisie durch sozialistische Revolution zu stürzen. Unser wachsender politischer Einfluß führte zu der Massendemonstration im Treptower Park am 3. Januar 1990. Wir initiierten und verteilten überall einen Aufruf zu einer Ein-

heitsfront-Arbeitermobilisierung gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals. Unter dem Druck ihrer Basis, sich den zunehmenden rechten Provokationen und dem zunehmenden Gerede von der „Einheit“ mit Westdeutschland entgegenzustellen, entschied die SED-PDS-Führung, diese Demonstration aufzubauen. Die 250 000 Menschen hörten dort zwei entgegengesetzte politische Programme: das der Stalinisten, vertreten von Gysi, und das der revolutionären Trotzlisten Renate Dählhaus und Toralf Endrweit. Das Gespenst des organisierten Arbeiterwiderstands gegen kapitalistische Wiedervereinigung erschreckte sowohl die stalinistische Bürokratie als auch die deutsche Bourgeoisie. Sie lösten eine wütende konterrevolutionäre Kampagne aus, die direkt zum Ausverkauf der DDR führte.

Das Vereinigte Sekretariat (in Deutschland Revolutionär Sozialistischer Bund, RSB) sagte „Jein“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung und bejubelte estnische Nazis als „Kämpfer gegen den Stalinismus“. In der ersten Ausgabe



25. September 1991: Protest gegen erste Inhaftierung von Markus Wolf vor dem Bundesgerichtshof in Berlin. Die Gedenktafel im Hintergrund erinnert an die unzähligen Todesurteile, die von dem ehemaligen Nazi-Reichskriegsgericht gefällt wurden

der Zeitschrift *Avanti* vom November 1990 bezeichnete der RSB unseren Kampf für ein Rotes Rätendeutschland in einem sozialistischen Europa als „linken‘ Popanz“. Er lobte aber die „Erfahrung der polnischen Arbeiterklasse“: „Sie war unter der Führung von Solidarność mit einem auf Arbeiterselbstverwaltung orientierten Programm angetreten.“ Doch die klerikale antisemitische Solidarność war die „Gewerkschaft“ der Bosse, die in Polen mit direkter Hilfe von Reagan, Thatcher, dem Vatikan und den deutschen

Fortgesetzt auf Seite 6

SED/PDS: Anführer der Konterrevolution in der DDR!

Stoppt Hexenjagd...

Fortsetzung von Seite 5

Bankiers die kapitalistische Konterrevolution anführte. Die SPD war der Zwischenhändler für das CIA-Geld für Solidarność, während der RSB für sie Handlangerdienste unter der Losung „Solidarität mit Solidarność“ leistete. Das Markenzeichen des zentristischen RSB und der Reformisten von Linksruck (früher Sozialistische Arbeitergruppe), den deutschen Anhängern von Tony Cliffs SWP, ist die Unterstützung für die Konterrevolution an jedem Siedepunkt des zweiten Kalten Krieges (siehe *Spartakist* Nr.130, Dezember 1997/Januar 1998).

Die Bourgeoisie von Auschwitz haßt Markus Wolf, dessen Eltern jüdische deutsche Kommunisten waren, weil er Spionagechef des deformierten Arbeiterstaats DDR war. Wolf beruft sich gegenüber den Häschern des blutigen deutschen Imperialismus auf seine „Friedenstätigkeit“ und drückt damit die Illusionen der stalinistischen Bürokratie in einen „Sozialismus in einem halben Land“ durch friedliche Koexistenz mit den Imperialisten aus. Wolf war Anhänger von Gorbatschow, der das grüne Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung gab. Als Mitglied des „Ältestenrates“ der SED war er Hauptarchitekt des SED-Parteikongresses am 18./19. Dezember 1989, der Gysi und Bisky an die Spitze brachte. Der PDS-Führer und DDR-Präsident Modrow gab im Januar 1990 die Linie „Deutschland, einig Vaterland“ aus, und die PDS-Wahlkampagne für die Volkskammerwahl im März 1990 stand unter dem nationalistischen Motiv von „Wir sind ein Volk! 1:1“. Damit schürten die Stalinisten unter den ostdeutschen Arbeitern Illusionen, sie würden vom deutschen Imperialismus mit Reichtum überhäuft werden. Sie selbst wollten ihren Deal mit Kohl machen, um irgendwo als Parlamentarier, Gewerkschaftsbürokraten oder Bürgermeister ein Plätzchen an der Sonne im Vierten Reich zu kriegen!

Sobald die DDR und die Sowjetunion zerstört waren, hatte die deutsche Bourgeoisie keine Veranlassung mehr, das Image des „Sozialstaats“ beizubehalten. Jetzt zeigt die rachsüchtige herrschende Klasse, die sich fälschlicherweise durch den Bankrott des Stalinismus von der Gefahr einer Arbeiterrevolution befreit glaubt, den Arbeitern die geballte Faust, indem sie versucht, an alten Stalinisten ein Exempel zu statuieren. In den letzten Jahren wurden bereits Zehntausende durch die Hexenjagd gefeuert, darunter berühmte Wissenschaftler wie der Immunologe Prof. Porstmann, der sich am Klinikum der Humboldt-Uni, der Charité, weigerte, für die neuen Herren zu spitzeln. Die kapitalistische Uni-Administration der HU, die bis vor kurzem unter dem Kommando der grünen Unipräsidentin Dürkop stand, heuerte den SS-Schergen Krelle an, um die antikomunistischen Säuberungen von linken und Ex-DDR-Lehrkräften durchzupeitschen.

Die SPD, die als Trojanisches Pferd der Konterrevolution in der Ex-DDR operiert hat, treibt diese Vergeltungsmaßnahmen der herrschenden Klasse voran. Seit dem 4. August 1914, als sie für die Kriegskredite in dem von der deutschen Bourgeoisie losgetretenen Ersten Weltkrieg stimmte, dient sie loyal ihren kapitalistischen Herren. 1918/19 ertränkten Ebert und Noske die von den Spartakisten geführte Arbeiterrevolution in Blut und sind verantwortlich für den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Reformistische sozialdemokratische Massenparteien, wie die SPD, sind in Lenins Worten „bürgerliche Arbeiterparteien“, also Parteien, die traditionell auf dem Proletariat basiert sind, die aber vollkommen bürgerlich in ihrer Einstellung und ihrem Programm sind. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, diese Parteien zu *spalten*, indem sie den grundsätzlichen Klassen-

gegensatz zwischen der prokapitalistischen Führung und der Arbeiterbasis vertiefen.

Während des Kalten Krieges war die SPD in ganz Europa das ideologische Bollwerk des imperialistischen Antikommunismus. Heute versucht die SPD die Arbeiterklasse zu spalten, indem sie, wie beim Bergarbeiterstreik letztes Jahr, das Gift des Rassismus versprüht. In Hamburg führte sie eine so rassistische Wahlkampagne, daß selbst die Faschisten sagten: „Wählt das Original, nicht die Kopie!“ Die SPD schürt den mörderischen Naziterror und benutzt den rassistischen Staatsterror als Rammbock für den Sozialraub. Erst kürzlich spielte die SPD die Scharfmacherrolle in der rassistischen Kampagne gegen die kurdischen Flüchtlinge aus der Türkei und dem Irak. Sie warf der Bonner Regierung vor, diese hätte schon längst Druck auf Rom machen sollen, um die kurdische Immigration zu stoppen. Das gibt einen Geschmack davon, wie eine SPD-geführte Regierung aussieht, die anstelle der CDU den deutschen Imperialismus verwaltet.

Angesichts des wütenden Rassismus der SPD und ihrer Angriffe auf die Arbeiterklasse schließt der RSB „natürlich eine Unterstützung der SPD und der Grünen als bürgerliche Parteien grundsätzlich aus“ (*Avanti*, Mai 1997). Indem er die SPD als bürgerlich betitelt, bestätigt der RSB lediglich, daß er keine Absichten hat, gegen die SPD-Führung der organisierten Arbeiterklasse anzukämpfen. Und weiter heißt es in *Avanti*: „Kritisch wählen könnte mensch dagegen die PDS.“ Doch die PDS, die die Konterrevolution in der DDR führte, hat schon längst erklärt, daß sie für eine SPD/Grünen-Regierung in Bonn eintritt und diese unterstützen wird. Wir werden auch nie das „Verständnis“ der PDS für den rassistischen Pöbel beim Rostocker Pogrom von 1992 vergessen. Die Unterstützung des RSB für die PDS ist eine bequeme Hintertür, um der rassistischen SPD doch an die Regierungsmacht zu verhelfen, die sie dafür ausnutzen wird, die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie zu ketten und damit den Sozialraub und den rassistischen Staatsterror weiterzutreiben. Linksruck dagegen übernimmt direkt Verantwortung für den Staatsterror gegen Immigranten und Flüchtlinge mit Überschriften wie „SPD wählen ohne Illusionen“. Mit „linkeren“ Parolen wie „Arbeitsplätze statt Ausländerhetze“ appellieren sie an Gewerkschaftsbürokraten wie Zwickel, weniger rassistisch zu sein, sowie an die rückständigsten und rassistischen Elemente der Arbeiterklasse. Die Spartakist-Jugend kämpft zusammen mit der SpAD, um die revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die Tribün aller Unterdrückten ist. Wir fordern volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! So haben wir während der Unistreiks einen Einheitsfrontprotest gegen das zuerst von der SPD in Hamburg und jetzt bundesweit eingeführte Arbeitsverbot für ausländische Studenten initiiert. RSB und Linksruck weigerten sich, daran teilzunehmen. Um den Kapitalismus zu stürzen, brauchen wir eine Partei, die das Bewußtsein in die Arbeiterklasse trägt, daß nur die Diktatur des Proletariats und neue Oktoberrevolutionen weltweit eine Gesellschaft errichten können, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht mehr existiert.

Über die Hexenjagden auf Linke und Ex-DDR-Bürokraten sagen wir, daß alle Arbeiterorganisationen sich den Verfolgungen und Schauprozessen entgegenstellen müssen. Diese staatlichen Repressionen, wie der vor kurzem drastisch verschärfte Lauschangriff, zielen in Wirklichkeit auf die Arbeiterklasse selbst ab.

Hände weg von den Ex-DDR-Bürokraten! Weg mit dem Verbot von Devrimci Sol, der PKK und aller kurdischen Vereine! Freiheit für die Verurteilten der Mauerprozesse, die Inhaftierten der RAF und alle linken politischen Gefangenen!■

Verteidigt den Irak...

Fortsetzung von Seite 1

1991 haben SPD, PDS und Grüne lauthals das Hungerembargo gegen den Irak gefordert als „friedliche“ Strategie zur imperialistischen Unterjochung des Irak. Im Gegensatz zu vielen pseudolinken Gruppen, die das Embargo gegen den Irak offen oder stillschweigend unterstützten, hat die IKL das Embargo stets verurteilt, das im Irak mehr Menschen umbrachte als alle Bombardierungen. Die UNO ist – wie Lenin über deren Vorgänger, den Völkerbund, sagte – eine imperialistische Räuberhöhle, die den Zweck hat, die Unterdrückten der Welt im Interesse der Kapitalisten niederzuhalten.

Die Arbeiterklasse muß sich international dem imperialistischen Militäraufmarsch entgegenstellen, den Irak verteidigen und dafür kämpfen, die Hungerblockade und die UN-Sanktionen zu zerschlagen. Krieg ist nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, wie der Militärstrategie Clausewitz im 19. Jahrhundert sagte. Imperialistische Kriege sind der konzentrierte Ausdruck des „normalen“, brutalen Funktionierens des kapitalistischen Systems. Es ist dringend notwendig, die Arbeiter und alle, die gegen imperialistische Kriege kämpfen wollen, von der SPD zu brechen, die die Arbeiter als Kanonenfutter an ihre eigene Bourgeoisie ausliefert, und eine revolutionäre Partei aufzubauen, um die Arbeiter an die Macht zu führen.

Imperialistische Rivalitäten verschärfen sich

Dem mörderischen Terror gegen den Irak liegen die verschärften interimperialistischen Rivalitäten zugrunde: Der Militäraufmarsch der USA am Golf richtet sich letzten Endes gegen die ebenso raubgierigen deutschen und japanischen Imperialisten. Während Deutschland 1990/91 noch massenweise Geld für den US-Krieg gegen den Irak herausrückte, machte Außenminister Kinkel diesmal klar, daß es weder DM noch deutsche Waffen für den US-Militärschlag geben würde. Der deutsche Imperialismus verfolgt am Golf seine eigenen Weltmacht-Ambitionen – besonders im Iran, wo Deutschland der führende Handelspartner ist und bedeutende Militärhilfe leistet, um die iranischen Ölfelder plündern zu können. So war es kein Zufall, daß sich die EU am Tag nach Annans Irak-Abkommen provokativ über das US-Embargo hinwegsetzte und ihre erneute „Annäherung“ an den Iran ankündigte. Die Zerstörung der Sowjetunion hat besonders im Nahen Osten die Konkurrenz zwischen den Imperialisten verschärft, wo die riesigen Gas- und Öl-Reserven der früheren Sowjetrepubliken Zentralasiens jetzt für die kapitalistische Ausbeutung geöffnet sind.

Vor allem will das durch die kapitalistische Wiedervereinigung enorm gestärkte Deutschland wieder Europa beherrschen, um in Konkurrenz zu seinen Rivalen Japan und USA eine Weltmachtrolle zu spielen. Deutschland verschärft den Druck auf seine schwächeren imperialistischen Rivalen in der „Festung Europa“, ihre Grenzen noch undurchdringbarer zu machen für kurdische Flüchtlinge, und zwingt den Arbeitern von Polen bis Portugal sozialen Kahlschlag auf. Die SPD will sich dabei als besserer Vertreter der imperialistischen deutschen Interessen beweisen. Während ein Teil der SPD dem Bundeskanzler Kohl „Vasallentreue“ gegenüber den USA vorwarf, weil dieser Clinton die Nutzung der amerikanischen Militärbasen in Deutschland „erlaubte“, sorgte sich der außenpolitische SPD-Sprecher Karsten Voigt um die von Deutschland dominierte „Festung Europa“. Er griff die britische Regierung an, weil sie „zu keinem Zeitpunkt versucht habe, eine einheitliche Linie der europäischen Mitgliedsländer im Irak-Konflikt herbeizuführen“. *Nieder mit der rassistischen „Festung Europa“! Für ein Arbeitereuropa!*

Das vom deutschen Imperialismus unterstützte türkische

Regime hat in seinem Vernichtungskrieg gegen die Kurden Hunderttausende ermordet und ist in den letzten Jahren immer wieder in die kurdischen Gebiete im Irak einmarschiert. In den letzten Wochen hat die mit deutschen und US-Waffen ausgestaffierte türkische Armee im Irak eine Menschenmauer aus Soldaten errichtet, um zu verhindern, daß Kurden und andere Flüchtlinge aus dem Irak vor einem Terrorbombardement der US- und britischen Imperialisten fliehen können. Wir fordern: *Türkische Armee raus aus Kurdistan!*

Im ehemaligen Jugoslawien ist der brudermörderische Bürgerkrieg die Konsequenz der vom deutschen Imperialismus geschürten kapitalistischen Konterrevolution, die die Nationen und Völker des Balkans gegeneinander aufgehetzt hat. Es waren die Vaterlandsverteidiger der SPD, die 1995 mit ihrem „Friedens“geschwätz den ersten Kampfeinsatz deutscher Truppen seit Ende des Zweiten Weltkriegs möglich machten, in einem Land, wo die Nazi-Wehrmacht ein Fünftel der Bevölkerung ermordet hat. Die Fratze des deutschen Imperialismus zeigte sich wieder einmal letzte Woche, als deutsche Unteroffiziere in Bosnien antisemitische Drohungen gegen albanische SFOR-Soldaten ausstießen. *Bundeswehr/NATO/UNO raus aus dem Balkan!*

Wir Trotzlisten stellen uns gegen alle nationalistischen Kräfte in diesem brudermörderischen Krieg auf dem Balkan, der von den rivalisierenden Imperialisten angeheizt worden ist. Während der NATO-Bombardierung im September 1995 allerdings verteidigten wir die bosnischen Serben gegen den imperialistischen Angriff und organisierten Protestkundgebungen in Berlin, London, Paris und New York. Wir kämpfen für eine *Sozialistische Föderation auf dem Balkan als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.*

Die Flüchtlinge aus dem Balkan und dem Nahen Osten, die dem vom deutschen Imperialismus ausgelösten Elend und Krieg entkommen wollen, werden zu Tausenden abgeschoben. Denjenigen, die noch hier sind, wird jede Sozialhilfe gestrichen, um sie auszuhungern. Wir fordern: *Asylrecht für Flüchtlinge vor rechtem Terror und volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Im Golfkrieg 1990/91 benutzte der deutsche Staat den Bombenterror im Irak, um im eigenen Land den rassistischen Terror zu verschärfen. Bonn verbot arabischen und anderen Immigranten aus dem Nahen Osten, gegen den Massenmord an ihren Völkern zu protestieren. Die SpAD protestierte dagegen im März 1991 mit einer Demo unter der Forderung „Weg mit dem Maulkorbberlaß für Araber und Kurden!“ Gegen die andauernde Hetze und Verfolgung der Kurden fordern wir: *Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!*

Die Weltmacht-Ambitionen des deutschen Imperialismus gehen mit dem Wiederaufstieg des Nationalismus im Innern einher, der von der SPD mit ihrer Demagogie vom „Standort Deutschland“ vorangetrieben wird. Der faschistische Terror ist nur der extreme Ausdruck des Nationalismus. In Ostdeutschland, wo die Kapitalisten mit einem Rachezug gegen den ehemaligen deformierten Arbeiterstaat DDR fast die ganze Industrie zerstört haben, werden täglich Flüchtlinge, ausländische Arbeiter und linke Jugendliche von Nazi-Banden zusammengeschlagen, und viele haben diesen Terror mit ihrem Leben bezahlt. Als 1993 im Westen Deutschlands bei Nazi-Brandanschlägen in Mölln und Solingen türkische Frauen und Kinder ermordet wurden, gingen Tausende hauptsächlich eingewanderte Arbeiter auf die Straße, um gegen die Nazi-Brandmorde zu protestieren. *Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!*

Die SPD hat 1992 mit ihrem Beschluß zur Abschaffung des Asylrechts direkt das staatlich geschürte Pogrom in Rostock angeheizt (und die PDS „Verständnis“ für die

Fortgesetzt auf Seite 8

Verteidigt den Irak...

Fortsetzung von Seite 7

Rassisten geäußert) und damit Naziterror und antisemitische Anschläge vorbereitet. SPD/PDS und die sozialdemokratische DGB-Bürokratie tragen den Nationalismus und Rassismus in die Arbeiterklasse hinein, um ihr Klassenbewußtsein zu vergiften und sie zu spalten. In den Bundesländern, wo die SPD die Regierung stellt, gibt es die höchsten Abschiebequoten und massiven Polizeiterror gegen Immigranten und Flüchtlinge, und bei den Hamburger Wahlen Ende letzten Jahres hat die SPD die übelste rassistische Kampagne seit Jahrzehnten geführt. Zugleich entwerfen die PDS und die reformistischen und zentristischen Linken, die die Wahltrummel für die Sozialdemokratie rühren, antirassistische Jugendliche, die die Nazis stoppen wollen, indem sie deren Proteste in ohnmächtige Kundgebungen umwandeln und Vertrauen in den bürgerlichen Staat predigen.

Der Rassismus der herrschenden Kapitalistenklasse und ihrer SPD-Handlanger ist zugleich eine ideologische Vorbereitung für neue imperialistische Kriege. Gegen diese Sozialpatrioten kämpfen wir Spartakisten für die Schmiedung einer revolutionären Arbeiterpartei, die notwendig ist, um den Kapitalismus zu stürzen, der die Ursache von imperialistischen Raubkriegen und Elend ist. Es ist unsere Aufgabe, die fortgeschrittensten Arbeiter, zu denen türkische und kurdische Arbeiter gehören, die aufgrund ihrer besonderen Unterdrückung in der Gesellschaft weniger Illusionen in den deutschen Imperialismus und die nationalistische Sozialdemokratie haben und gleichzeitig in strategisch wichtigen Industrien konzentriert sind, in einer trotzkistischen Partei zu organisieren, um den Kampf für die proletarische Revolution voranzubringen. Die eingewanderten Arbeiter stellen auch eine menschliche Brücke dar, die Revolution in ihre Herkunftsländer zu tragen.

Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Nach der Zerstörung der Sowjetunion 1991/92, einer welthistorischen Niederlage für das internationale Proletariat, treten die gegensätzlichen Interessen der imperialistischen „Verbündeten“ immer offener zutage, die zuvor dem antisowjetischen Kalten-Kriegs-Konsens untergeordnet waren. Mit Ausnahme von Kanada, Australien und Tony Blairs Britannien ist die Unterstützung der anderen imperialistischen Mächte für einen Angriff der USA höchstens lauwarm. Frankreich, dessen Erdölfirmen zusammen mit russischen und italienischen Interessenten Abkommen unterzeichnet haben, die ihnen nach Beendigung der UN-Sanktionen einen riesigen Anteil an der irakischen Erdölproduktion sichern, hat sich mehr oder weniger offen gegen einen neuen Militärangriff gestellt.

Sogar US-treue arabische Staaten wie Ägypten und Saudi-Arabien wandten sich gegen eine Bombardierung des Irak. Das zionistische Israel dagegen, das an alle außer an die Palästinenser Gasmasken ausgegeben hat, die teilweise von Deutschland geliefert wurden, steht fest hinter den USA. Wie der israelische Atomtechniker Mordechai Vanunu 1986 enthüllte, hat der zionistische Staat sein eigenes bedeutendes Atomwaffen-Arsenal. Vanunu wurde für seine mutige Enthüllung gekidnappt und in einen fensterlosen Kerker geworfen, in dem er bis heute in Einzelhaft sitzt. Israelische Truppen feuerten in der besetzten Westbank Tränengas und gummi-ummantelte Stahlgeschosse in eine Demonstration von 500 Palästinensern gegen die US-Kriegsvorbereitungen gegen den Irak. Arafats palästinensische Polizei bewies erneut ihre Rolle als Hilfsbulle für die zionistischen Schlächter, als sie brutal Frauen und Kinder

zusammentrieb, die Plakate zur Unterstützung Iraks trugen. *Israel raus aus allen besetzten Gebieten!*

Die imperialistische Vorherrschaft und Ausbeutung des Nahen Ostens beruht auf der Zerstreung und Unterdrückung der Palästinenser, genau wie der Kurden. Um eine wirkliche demokratische Lösung für die Palästinenser zu erreichen, muß das zionistische Israel von innen her besiegt werden durch eine revolutionäre Allianz der unterdrückten palästinensischen Werktätigen mit dem hebräischsprachigen Proletariat, das vom Würgegriff des chauvinistischen Zionismus gebrochen werden muß. Dafür ist die Verteidigung der unterdrückten Palästinenser genauso notwendig wie die Verteidigung des Existenzrechts der hebräischsprachigen Nation in dem Gebiet.

Dabei sind die arabischen Bourgeoisien und feudalen Scheichs ebenso der Feind des palästinensischen Volkes und aller Arbeiter und Unterdrückten der Region wie die zionistischen Herrscher. Genauso ist in den kurdischen Gebieten der Kampf für die Unabhängigkeit untrennbar verbunden mit der proletarischen Revolution in den vier kapitalistischen Ländern, in denen die Kurden leben. Gegen den kleinbürgerlichen Nationalismus von Öcalans PKK und Arafats PLO fordern Kommunisten: *Für die Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für die Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!*

Wir sind bedingungslose Gegner der imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen den Irak, aber wir geben dem kapitalistischen Hussein-Regime absolut keine politische Unterstützung; es hat seine Herrschaft errichtet und abgesichert durch antikommunistische Massaker, Repression gegen die Arbeiterklasse und blutige Unterjochung des kurdischen Volkes. Es ist die Aufgabe des irakischen Proletariats, das die unterdrückten Frauen und ethnische, nationale und religiöse Minderheiten anführen muß, das blutige Regime Saddams Husseins durch eine sozialistische Revolution wegzufegen.

Die heuchlerische imperialistische Raserei über Saddam Husseins angebliche Massenvernichtungswaffen ist wirklich grotesk. Es waren die USA, die 1945 Nagasaki und Hiroshima mit Atomwaffen einäscherten. Und beim Nazi-Holocaust benutzte der deutsche Imperialismus Zyklon B für seinen Völkermord an sechs Millionen Juden, an Roma, Sinti und anderen Opfern in seinen Vernichtungslagern. Der Imperialismus ist die größte Gefahr für die Menschheit.

Für eine sozialistische Revolution, um dem imperialistischen Krieg ein Ende zu bereiten!

Heute erinnert die politische Lage immer stärker an die Zeit vor dem ersten interimperialistischen Krieg. Der Erste Weltkrieg 1914 war ein Kampf um die Neuaufteilung der Welt und drückte aus, daß die engen Grenzen der Nationalstaaten zu einer Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden waren. Der großangelegte Bau der Bagdad-Bahn zeigte damals den Drang des deutschen Imperialismus nach neuen Ausbeutungssphären im Osten. Mit dem Zweiten Weltkrieg wollte Hitler-Deutschland den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion zerstören und für die kapitalistische Ausbeutung zurückholen, nicht zuletzt die Ölquellen in Zentralasien. Um die erwartete Beute nicht teilen zu müssen, führte Hitler den Krieg an der Westfront, der schließlich auch gegen die USA ging – Antiamerikanismus in Deutschland ist nicht das Gleiche wie Antimperialismus.

Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten ging die SPD 1914 in das Lager ihrer eigenen Bourgeoisie über. Sie verriet damit alle Prinzipien des Marxismus, die davon ausgehen, daß die Arbeiter kein Vaterland haben. Gegen diesen Klassenverrat von SPD und II. Internationale erkämpften Lenin und Trotzki die kommunistische III. Internationale. In Lenins Worten ist die SPD eine „bürgerliche

Arbeiterpartei“, das heißt eine traditionell im Proletariat verwurzelte Partei, deren Führung aber von ihrer ganzen Einstellung und von ihrem Programm her durch und durch bürgerlich ist. In Kriegszeiten schicken diese Sozialchauvinisten die Arbeiterjugend in die Schlacht zur „Verteidigung des Vaterlands“. Es ist die strategische Aufgabe von Revolutionären, die Arbeiterbasis der SPD von ihrer prokapitalistischen Führung zu brechen und in der Tradition von Karl Liebknecht für das Programm des proletarischen Internationalismus zu gewinnen. Für uns Trotzlisten steht der Hauptfeind im eigenen Land.

Als stärkste imperialistische Weltmacht unterhalten die USA in Europa, Asien und im Nahen Osten Militärbasen, und die Nutzung dieser Basen für einen Militärschlag gegen den Irak ist potentiell politisch explosiv. In Ländern wie Deutschland oder Japan, den imperialistischen Haupt rivalen der USA, werden Proteste gegen diese Basen höchstwahrscheinlich eine ausgeprägt nationalistische Stoßrichtung haben. Diese Außenposten des amerikanischen bürgerlichen Staates werden entweder von der deutschen oder japanischen Bourgeoisie geschlossen werden, als Bekräftigung der erneuten interimperialistischen Rivalitäten, oder durch eine Arbeiterrevolution, die auch den hiesigen bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt und durch die Diktatur des Proletariats ersetzt.

Der Aufschrei des SPD-Abrüstungsexperten Gernot Erler, der Kohls Erlaubnis zur Nutzung der US-Militärbasen als „Beihilfe zum Bruch des Völkerrechts“ bezeichnete, dient dem deutschen Antiamerikanismus. Im NATO-Kriegskurs gegen die Sowjetunion spielten die westdeutschen US-Basen eine zentrale Rolle, während heute die übriggebliebene US-Militärpräsenz von untergeordneter Bedeutung bei der fortdauernden militärischen Kooperation zwischen Deutschland und USA ist. Nachdem die Rote Armee das Dritte Reich zerschlagen hatte, wurde Westdeutschland von den USA als antisowjetischer Frontstaat wiederaufgebaut und die SPD durch die CIA finanziert, um die Arbeiterklasse mit Antikommunismus zu impfen. Mit dem Wiederaufstieg Deutschlands ging auch die Loyalität der SPD wieder auf den deutschen Imperialismus über. Während die deutsche Bourgeoisie im Moment nicht unverhüllt gegen einen US-Militärschlag gegen den Irak auftreten kann, weil sie nicht stark genug für diesen direkten Konflikt mit den USA ist, sind die Sozialdemokraten wie bei der Konterrevolution in der DDR wiederum die nationalistische Speerspitze und drücken am klarsten die Interessen des Vierten Reichs aus.

Während die SpAD beim Golfkrieg 1991 dazu aufrief: „Verteidigt Irak! Für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten!“, hatten die Cliff-Anhänger in Deutschland – heute als Linksruck (in den SPD-Jusos) und als Internationale Sozialistische Organisation (ISO) organisiert – mit der Verteidigung des Irak nichts am Hut. Statt dessen unterstützten sie die pazifistische Forderung „Kein Blut für Öl“, die die Illusionen vieler Jugendlicher in einen „friedlichen“ Kapitalismus ausdrückte, vor allem aber bedeutete, daß die deutsche Bourgeoisie nicht für einen Krieg *im amerikanischen Interesse* zahlen wollte. Als der US-Krieg vorbei war, verschwand die Forderung – auch aus den Seiten der Cliff-Presse. Das Blut von Hunderttausenden Frauen und Kindern im Irak, die durch die UN-Hungerblockade ermordet wurden, war offensichtlich nicht gemeint.

Jetzt gibt Linksruck mit der Losung „Keine Mark für Clintons Krieg“ dem Außenminister Kinkel Schützenhilfe, der sowieso nicht zahlen will. Und die ISO erwähnt in ihrem Artikel „Irak–USA: Spiel mit dem Feuer“ (*Linke Offensive*, Dezember 1997) den deutschen Imperialismus nicht ein einziges Mal! Die „Opposition“ von Linksruck/ISO gegen den US-Imperialismus ist nichts anderes als der

nationalistische Antiamerikanismus à la SPD. Ihre gesamte Politik ist auf die Unterstützung der SPD ausgerichtet, zuletzt bei der berüchtigten rassistischen SPD-Wahlkampagne in Hamburg, wo Linksruck forderte: „SPD wählen ohne Illusionen“. Wir Trotzlisten sagen: Eine Stimme für die SPD ist eine Stimme für rassistischen Staatsterror!

In *Linksruck* (5. Februar) heißt es: „In einem Krieg USA gegen Irak treten wir daher für eine Niederlage der USA ein.“ In Wirklichkeit sind die Cliff-Anhänger dafür bekannt, daß sie jede konterrevolutionäre Bewegung gegen die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten unterstützt und Jelzins Konterrevolution bejubelt haben, die die Sowjetunion zerstört und dem Imperialismus ausgeliefert hat. Und als 1995 die NATO-Bomben auf die bosnischen Serben regneten und die deutsche Luftwaffe *direkt in Aktion* war, riefen sie an keiner Stelle zur Verteidigung der bosnischen Serben gegen den Imperialismus auf. Im Gegenteil, sie treten für die Wehrpflicht im imperialistischen Deutschland ein!

Die Linksruck-Plakate für „Bildung & Arbeit statt Kohls Eurofighter“ und „Kein US-Massaker am Golf“ verbreiten nur die liberale Lüge, daß es beim Imperialismus um schlechte Politik ginge, die durch Druck auf den bürgerlichen Staat geändert werden kann. Wie Lenin in seiner Polemik gegen den zentristischen Renegaten Kautsky 1917 schrieb, ist der Imperialismus „das höchste Stadium des Kapitalismus“, wo das Finanz- und Monopolkapital dominiert und der Kapital-export und die Konkurrenz um die Beherrschung der Märkte und Ausbeutungssphären zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern typisch sind. Krieg ist das notwendige Produkt des kapitalistischen Systems.

Die Rechtszentristen des Revolutionär Sozialistischen Bundes (RSB) reihen sich hinter dem gestärkten deutschen Imperialismus ein. Sie sind stolz auf den altgedienten Mandel-Anhänger Winfried Wolf, der als „revolutionärer Sozialist“ für die PDS im Bundestag sitzt. Wolf war 1991 einer der großen Befürworter der nationalistischen Kampagne „Kein Blut für Öl“. Heute besteht seine Hauptaktivität darin, die Bundesregierung aufzufordern, sich für „Menschenrechte“ in Chiapas, Mexiko, stark zu machen. In den Seiten der RSB-Zeitung *Avanti* beschwert sich sein Mitstreiter H.J. Schulz: „Die grünen ‚Menschenrechtler‘ fordern geradezu den Bundeswehreinsatz aus humanitären Gründen – natürlich nicht dort, wo es nur um Freiheit und Humanität geht wie bei den KurdInnen oder gegen den Genozid an den Tutsis“ (Dezember 1997). Das ist ein kaum verhüllter Aufruf an die Bundeswehr, in Kurdistan einzumarschieren. Mit ihrer „Entlarvung“ von Kohl/SPD/Grünen eilen diese „Linken“ den Wünschen des deutschen Imperialismus voraus. Somit bauen die Reformisten und Zentristen eine Brücke vom Pazifismus zum Militarismus. Trotzki nannte das in *Krieg und die Vierte Internationale* „patriotische Vorbereitung des Kanonenfutters“.

Die Sozialdemokratie ist kein halbherziger Opponent des Imperialismus, sondern seine politische Agentur, die für ihn unentbehrlich ist, um die Arbeiterklasse eines Landes gegen ihre Klassenbrüder und Klassenschwestern auf der ganzen Welt in den Krieg zu hetzen. Die Internationale Kommunistische Liga ist der Aufgabe verpflichtet, Trotzki's Vierte Internationale wiederzuschmieden als Weltpartei der sozialistischen Revolution, die den Kampf für die Befreiung der Werktätigen des Nahen Ostens mit dem Kampf für sozialistische Revolutionen weltweit verbindet. Die bolschewistische Revolution von 1917, deren endgültige Zerstörung hauptsächlich das Werk der sozialdemokratischen und stalinistischen Irreführer war, zeigte den Weg, wie wir mit diesem System von Ausbeutung, Rassismus und Krieg Schluß machen können. Wir kämpfen für die sozialistische Revolution in Deutschland und international – das ist der einzige Weg, um den drohenden imperialistischen Krieg zu verhindern. ■

Nieder mit der rassistischen „Festung Europa“! Asyl für Kurden und alle Flüchtlinge vor rechtem Terror!

Nachstehend drucken wir die Protesterklärung der Internationalen Kommunistischen Liga vom 12. Januar gegen die chauvinistische Kampagne der deutschen und anderen westeuropäischen Imperialisten gegen kurdische Flüchtlinge ab. Diese brutale Kampagne erfolgt im Zusammenhang mit dem Vernichtungskrieg, den die türkische Armee mit deutschen und amerikanischen Waffen gegen das kurdische Volk führt. In Deutschland sind die türkischen und kurdischen Arbeiter ein strategischer Teil in der Auto-, Stahl- und Chemieindustrie und sind deshalb ein wesentlicher Bestandteil derjenigen Kräfte, die fähig sind, das rassistische kapitalistische System zu zerstören.

IKL-Protesterklärung

Die Er kämpfung der Rechte aller unterdrückten Minderheiten ist untrennbar verbunden mit einer proletarischen Revolution zur Zerschlagung des Vierten Reichs. Die Arbeiterklasse und Minderheiten müssen gemeinsam ihre Interessen durchsetzen, oder sie werden getrennt geschlagen werden.

Gleichzeitig ist die Durchsetzung der kurdischen Unabhängigkeit untrennbar verbunden mit dem Kampf für die proletarische Revolution in vier kapitalistischen Ländern des Nahen Ostens. Die IKL kämpft für den Aufbau einer internationalen leninistischen Avantgardepartei, die dieses Verständnis in die Arbeiterklasse hinein trägt, um den Kampf für neue Oktoberrevolutionen zu führen. In direktem Gegensatz zur trotzkistischen Perspektive der permanenten Revolution steht die Strategie der kleinbürgerlich-nationalistischen Arbeiterpartei Kurdistan (PKK). Ihr Programm kann für die Kurden höchstens das erreichen, was die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) in jahrzehntelangem Kampf gegen den zionistischen Staatsterror „erzielt“ hat: „autonome“ Ghettos unter der Polizeikontrolle von palästinensischen Bullen. Die Sektionen der IKL haben diese Erklärung auf englisch, französisch, deutsch und italienisch verteilt. Wir sind stolz darauf, in dieser Ausgabe des Spartakist eine Übersetzung ins Türkische hinzuzufügen zu können.

Der Krieg, den das türkische Regime seit 13 Jahren gegen die kurdische Bevölkerung führt, hat die Osttürkei verwüstet, rund 3500 Dörfer sind völlig zerstört worden. Mehr als drei Millionen Kurden wurden gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen. Auch die Kurden im Nordirak sind schon mehrfach Opfer von Militäroffensiven gewesen – zuletzt im letzten Monat –, die von der Türkei mit der Rückendeckung ihrer NATO-Verbündeten, den USA, Deutschland, Italien und Frankreich, durchgeführt wurden. Hinzu kommt noch die seit sieben Jahren anhaltende Hungerblockade gegen den Irak, die auf das Massaker folgte, das die NATO/UN-Truppen 1991 im Golfkrieg verübt hatten. Als dann im letzten Monat vor der italienischen Küste 900 Kurden aus der Türkei und dem Irak zusammen mit anderen Flüchtlingen, die vor rechtem Terror flohen, in zwei überfüllten

Frachtern ankamen, entfesselten die europäischen imperialistischen Mächte, Deutschland allen voran, eine hysterische rassistische Kampagne gegen die „Flüchtlingsflut“. Die rassistischen Herrscher des kapitalistischen Europas sind entschlossen, den Opfern von rechtem Terror, rassistischer Verfolgung und verzweifelter Armut – alles eine Folge der Jagd dieser Herrscher nach Profiten in der neokolonialen „Dritten Welt“ – den Zugang zu verweigern. Die Internationale Kommunistische Liga fordert: Nieder mit der NATO/UN-Hungerblockade – Hände weg vom Irak! Türkische Armee raus aus Kurdistan! Keine Abschiebungen! Asyl für Kurden und alle, die vor rechtem Terror fliehen!

Die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa hat die innerimperialistischen Konflikte über die Neuaufteilung der Weltmärkte noch verschärft. Dies hat zur Schaffung oder Konsolidierung von rivalisierenden Handelsblöcken wie der Europäischen Union (EU) geführt, die reaktionäre Versuche der Imperialisten darstellen, um Auslandsmärkte zu konkurrieren, während sie die Arbeiterklasse im eigenen Land brutal angreifen. Die Speerspitze der kapitalistischen Offensive ist rassistischer Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge, die zum Sündenbock für das wachsende Elend und die Arbeitslosigkeit gemacht werden, die das kapitalistische System selbst geschaffen hat. Die herrschenden Klassen Europas haben ganz bewusst eine rassistische Hysterie geschürt, als ideologische Vorbereitung für neue imperialistische Kriege und um die Arbeiter zu spalten und ihr Klassenbewußtsein zu vergiften.

In ganz Europa sind es die Sozialdemokraten und Exstalinisten, die ihre Position als Führungen der organisierten Arbeiterklasse ausnutzen, um die rassistische Drecksarbeit für die Imperialisten zu erledigen. Während Reformisten und Zentristen sie als das angeblich „kleinere Übel“ unterstützen, sind diese Parteien in den Worten Lenins „bürgerliche Arbeiterparteien“, die sich auf die organisierte Arbeiterklasse stützen, aber dem Schutz der kapitalistischen Ordnung verschworen sind. Die parlamentarischen Regierungen, die sie stellen, ob in Koalition mit bürgerlichen Parteien oder auch allein, sind *kapitalistische* Regierungen, die die immigrantenfeindliche und arbeiterfeindliche Politik durchsetzen, die von ihren bürgerlichen Herren verlangt wird.

In Italien hat die Koalitionsregierung aus der exstalinistischen Partei der Demokratischen Linken (PDS) und verschiedenen bürgerlichen Politikern eine gegen Flüchtlinge gerichtete Politik durchgesetzt, die in ihrer Brutalität in Europa kaum übertroffen wird. Mit der Unterstützung von Rifondazione Comunista (RC), dem anderen Abfallprodukt des Auseinanderbrechens der reformistischen Kommunistischen Partei Italiens, hat dieses rassistische Regime Gesetze verabschiedet, wodurch bis zu 300 000 Menschen die Abschiebung droht. Im letzten Frühjahr hat die italienische Marine ein Schiff in der Adria versenkt, das vollgepackt war mit verzweifelten Flüchtlingen, die dem Chaos und der Armut in Albanien entkommen wollten; dabei wurden 89

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Protest am
30. März 1992 in
Berlin gegen das
Newroz-Massaker
in der Türkei.
Proletarischer Inter-
nationalismus ist der
Schlüssel für die
Befreiung Kurdistans
– kurdische und türki-
sche Arbeiter sind
wichtiger Bestandteil
einer proletarischen
Revolution in
Deutschland



Spartakist

Menschen getötet. Mit dem Blut dieses Massakers an den Händen hat der italienische Imperialismus Truppen nach Albanien geschickt, um dort für „Ordnung“ zu sorgen. In der Zwischenzeit wurden Tausende von albanischen Flüchtlingen, die es bis Italien geschafft hatten, in Konzentrationslager gepfercht und umgehend abgeschoben. Heute werden die gleichen Lager dazu benutzt, die kurdischen Flüchtlinge einzusperren. Als Antwort auf das deutsche Diktat, wonach seine Regierung gegen die kurdischen Flüchtlinge hart durchgreifen müsse, schwor ein PDS-Minister in einer Rede am Vorabend eines Treffens von Polizeichefs aus der Türkei und der EU, „mit allergrößter Entschlossenheit gegen die illegale Immigration zu kämpfen“.

Die Politik der französischen Koalitionsregierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin ist genauso immigrantenfeindlich wie die seiner italienischen Kollegen und genauso rassistisch wie die seiner konservativen Vorgänger. Jospins Volksfront – eine Koalition der Klassenkollaboration, bestehend aus den Sozialisten, der Kommunistischen Partei Frankreichs und bürgerlichen Politikern – wurde nach einer Welle von Massenstreiks und Demonstrationen gegen die rassistische und arbeiterfeindliche Politik des Neo-Gaullisten Alain Juppé gewählt. Doch die Volksfront hat die rassistische „Vigipirate“-Kampagne weitergeführt, bei der die Armee dazu eingesetzt wird, die Immigrantenghettos zu terrorisieren. Die „neuen“ Einwanderungsgesetze sind in mancher Hinsicht sogar noch restriktiver als die reaktionären Gesetze des Vorgängerregimes! Nun sollen die „sans-papiers“ (Arbeiter ohne gültige Papiere) rausgeworfen werden: Jospin machte letzten Monat eine Tour durch Marokko, den Senegal und Mali, um Massenabschiebungen von mehr als 100 000 Menschen vorzubereiten. Und parallel zur Aufpeitschung der Hysterie über kurdische Flüchtlinge wurden massive Kontingente der französischen Polizei in Marsch gesetzt, um die Grenze nach Italien gegen Kurden dichtzumachen.

In Deutschland führen die Christdemokraten (CDU) von Kanzler Kohl ebenfalls einen Krieg gegen die zwei Millionen Immigranten und Flüchtlinge türkischer oder kurdischer Herkunft. Deren Kinder – auch die in Deutschland geborenen – wurden letztes Jahr dazu gezwungen, ein Visum zu beantragen, um hier bleiben zu können. Türkische linke Gruppen und kurdische nationalistische Gruppen einschließlich der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) sind verboten. Selbst das Hochhalten der kurdischen Nationalfarben ist illegal, genauso wie in der Türkei. Nachdem Bonn seine wirtschaftliche Stärke ausgespielt hatte, um die Bedingungen für die Zerstückelung des ehemaligen deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien zu diktieren, die zu Millionen Flüchtlingen führte, begann die deutsche Regierung im letz-

ten Jahr, rund 300 000 bosnische Immigranten aus dem Land zu jagen – die größte Massendeportation seit Hitlers Drittem Reich. Jetzt setzt der deutsche Innenminister Manfred Kanther Italien massiv unter Druck, es müsse seine „Grenzkontrollen verschärfen“, und erklärt, Deutschland werde „die nächste illegal, verbrecherisch organisierte Wanderungsbewegung wegen Weltkonflikten wie in Bosnien“ (*Frankfurter Rundschau*, 7. Januar) nicht hinnehmen.

Die Sozialdemokraten (SPD) greifen dabei Kohl von rechts an und werfen der CDU-Regierung vor, sie hätte schon eher Druck auf Rom machen sollen, um die kurdische Immigration zu stoppen. Ihre Forderung ist darüber hinaus die Wiedereinführung von strikten Grenzkontrollen zwischen den EU-Staaten. Das von der SPD regierte Hamburg ist in einen immigrantenfeindlichen Polizeistaat verwandelt worden. Die Hamburger Wahlkampagne der SPD im letzten Herbst war so obszön rassistisch, das selbst die bürgerliche Presse gezwungen war festzustellen, daß dies „einer der fremdenfeindlichsten Wahlkämpfe gewesen ist, den die Linke im Nachkriegsdeutschland geführt hat“ (*Londoner Independent*, 22. September 1997). Durch ihr Aufpeitschen des immigrantenfeindlichen Rassismus hat die SPD auch den Nazibanden in ganz Deutschland grünes Licht gegeben.

In Bremen, wo die SPD zusammen mit der CDU regiert, sind inhaftierte Kurden, denen die Abschiebung droht, im Hungerstreik gegen Folter, Überbelegung und andere erniedrigende Bedingungen. Ein SPD-Beamter aus dem Landesjustizministerium war gezwungen zurückzutreten, doch sein Nachfolger tat den Hungerstreik verächtlich als „Fastenzeit“ im Monat Ramadan ab (*Neues Deutschland*, 8. Januar). Währenddessen machen etwa 370 kurdische Gefangene in einem türkischen Gefängnis der Stadt Erzurum einen Hungerstreik. Sechs der Hungerstreikenden sind Berichten zufolge in höchster Lebensgefahr. Wir sagen: Weg mit dem Verbot der PKK und der linken türkischen Organisation Devrimci Sol! Freiheit für alle linken und kurdisch-nationalistischen politischen Gefangenen! Weg mit den rassistischen „Ausländergesetzen“! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Die Tatsache, daß Italiens europäische Nachbarn in wahn-sinniger Hektik Grenzkontrollen gegen die Einwanderung von Kurden durchsetzen, steht in krassm Widerspruch zum Schengener Abkommen von 1995, bei dem sich die wichtigsten europäischen Länder darauf einigten, die Paßkontrollen an ihren gemeinsamen Grenzen abzuschaffen. Das zeigt den wahren Zweck von Schengen: eine rassistische „Festung Europa“ gegen Flüchtlinge und Immigranten auszubauen, die vor der Ausbeutung und den unmenschlichen Bedingungen in ökonomisch rückständigen, vom Imperialismus

Fortgesetzt auf Seite 21

Der folgende 7. Teil dieser Artikelserie ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 650, 30. August 1996. Die Teile 1 bis 3 dieser Artikelserie (erschienen in Spartakist Nr. 124-126) beschäftigten sich mit den Ursprüngen des Anarchismus und den Auffassungen von dessen führenden Köpfen wie Proudhon und Bakunin bis zur Pariser Kommune und der Spaltung in der Ersten Internationale. Die Teile 4 und 5 (erschienen in Spartakist Nr. 127 und 129) analysierten die anarchistischen und syndikalistischen Bewegungen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Teil 6 (erschienen in Spartakist Nr. 130) befaßte sich mit der Neuformierung der Linken und der internationalen Arbeiterbewegung aufgrund der Auswirkungen des ersten imperialistischen Weltkriegs.

Lenin bemerkte einmal einige Zeit nach der bolschewistischen Revolution, daß Spanien von allen Ländern Westeuropas am meisten dem zaristischen Rußland vor 1917 ähnelte. Auch dort wurde ein dekadentes monarchistisches Regime von einer Staatskirche, die bis zum Hals in mittelalterlichem Obskurantismus steckte, über Wasser gehalten. Eine große Bauernschaft wurde von einer Grundbesitzerklasse, die vom alten Feudaladel abstammte, brutal ausgebeutet. Es existierte eine unerfahrene, aber kämpferische Arbeiterklasse, die zum großen Teil aus jungen Leuten vom Land bestand, die

von Joseph Seymour

enge Beziehungen zu ihren bäuerlichen Familien aufrechterhielten. Und wie im zaristischen „Völkergefängnis“ gab es auch innerhalb der spanischen Staatsgrenzen zahlenmäßig starke, unterdrückte Nationalitäten, die Basken und die Katalanen.

In Spanien und in anderen romanischen Ländern Europas stellten die Anarchisten und Syndikalisten eine wichtige politische Tendenz dar und wurden allgemein als der linke Flügel der Arbeiterbewegung angesehen. Im zaristischen Rußland hingegen waren die Anarchisten eine Randströmung. Dort hatten die revolutionären Marxisten, d. h. Lenins Bolschewiki, eine Arbeitermassenpartei aufgebaut, die sich auf das Industrieproletariat und den zentralen Kern der radikalen Linken stützte. Die russische anarchistische Bewegung bestand aus vielen kleinen rivalisierenden Gruppen deklassierter Intellektueller mit einer Reihe lumpenproletarischer Elemente. Die organisatorische Schwäche des Anarchismus in Rußland ist um so erstaunlicher, als die beiden Haupttheoretiker des Anarchismus – Michail Bakunin und Peter Kropotkin – aus Rußland emigrierte Radikale waren.

Selbst in Zeiten revolutionärer Massenerhebungen spiel-

Marxismus kontra Anarchismus

Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 7 Der Rote Oktober und die Gründung der Kommunistischen Internationale

terklasse mit der nationalistischen Bourgeoisie zusammenarbeiten müsse. Eine Figur, die stark an Michail Borodin angelehnt ist, damals Moskaus Hauptvertreter in China, stellt sich Hong entgegen. Am Beispiel dieses Abgesandten Moskaus heißt es, „alle Bolschewiki seiner Generation“ seien von ihrem Kampf gegen die Anarchisten geprägt. Auf diese Behauptung antwortete Trotzki:

„Aber historisch gesehen ist sie falsch. Der Anarchismus konnte sich in Rußland nicht deshalb nicht erheben, weil die Bolschewiki ihn erfolgreich bekämpft hätten, sondern deshalb, weil sie ihm von vornherein den Boden unter den Füßen entzogen haben. Anarchismus, wenn er nicht in den vier Wänden der Intellektuellencafés oder Zeitschriftenredaktionen verbleibt, sondern in die Tiefe dringt, ist die Psychologie der Verzweiflung der Unterschichten und die politische Strafe für den Betrug der Demokratie und den Verrat des Opportunismus. Die Kühnheit, mit der der Bolschewismus die revolutionären Aufgaben stellte und Wege zu ihrer Lösung wies, ließ in Rußland für die Entwicklung des Anarchismus keinen Raum.“ („Die erdrosselte Revolution“, Februar 1931, in Trotzki, *Schriften* Bd. 2.2, Schriften über China 1928–1940)

Wie hat der Bolschewismus den Anarchismus in Rußland entscheidend geschwächt?

Seit ihren Anfängen im Jahre 1903 war es das Ziel der Partei der Bolschewiki, die Arbeiterklasse für den revolutionären Sturz der zaristischen Selbstherrschaft zu mobilisieren, unabhängig von der Politik der liberalen Bourgeoisie und, falls notwendig, gegen sie. Dies war eine zentrale Differenz zu den Menschewiki, deren Politik es war, mit der liberalen Bourgeoisie zusammenzuarbeiten. Während der Re-

ten die russischen Anarchisten keine wichtige Rolle. Weder in der Revolution von 1905 noch in der von 1917 folgte irgendein bedeutender Teil der Arbeiter oder der Bauern den Anarchisten. Tatsächlich folgten im Oktober 1917 und im anschließenden Bürgerkrieg viele russische Anarchisten der Führung der Bolschewiki und dienten loyal unter der sowjetischen Regierung von Lenin und Trotzki.

Warum spielten die Anarchisten in Rußland solch eine unbedeutende Rolle? Diese Frage wurde von Trotzki aufgegriffen, als er auf den Roman *Die Eroberer* von André Malraux einging, in dem dieser versuchte, Stalins verhängnisvolle Politik in bezug auf die Chinesische Revolution Mitte der 20er Jahre zu rechtfertigen. In diesem Roman wird der chinesische anarchistische Agitator Hong als ein primitiver revolutionärer Hitzkopf dargestellt, der nicht die angebliche Notwendigkeit versteht, daß die Arbeiter-

volution von 1905 unternahmen die Bolschewiki in Moskau den einzigen ernsthaften Versuch eines bewaffneten Aufstands, und zwar im Dezember dieses historisch bedeutsamen Jahres. Georgi Plechanow, der herausragende Sprecher des „orthodoxen“ Marxismus in Rußland, verurteilte den Dezemberaufstand als abenteuerlich und schimpfte über den „bolschewistischen Bakunismus“.

Lenin erkannte später auf seine Weise, daß seine Partei mehr als nur einige revolutionäre Militante gewonnen hatte, die andernfalls zum Anarchismus hätten gehen können. Er beschrieb, daß nach der Niederlage der Revolution von 1905 eine Fraktion von „linken“ Bolschewiki entstand, die, neben anderen politischen Punkten, darauf bestand, die Wahlen zur zaristischen Duma (dem Parlament) zu boykottieren. Dieser Fraktionskampf fand seinen Höhepunkt in einer Spaltung 1908. Dennoch wies Lenin darauf hin, daß es unter den „Linken“ ... viele vortreffliche Revolutionäre gab, die später wieder verdiente Mitglieder der kommunistischen Partei waren (und es auch weiterhin sind)“ (*Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus*, Mai 1920).

Vor 1917 glaubte Lenin nicht, daß der Sturz der zaristischen Selbstherrschaft direkt zu einem Arbeiterstaat und zur Enteignung der Kapitalistenklasse führen könnte. Statt dessen schwebte ihm ein radikal-demokratisches Übergangsregime vor, was seinen Ausdruck in der Formulierung „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ fand. Unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs entwickelten sich jedoch Lenins Auffassungen rapide weiter. So forderte er nach dem Sturz des Zaren im Februar 1917 einen Staat „vom Typus der Pariser Kommune“ (d. h. eine proletarische Diktatur), der auf der Abschaffung der Polizei, der Armee und der Bürokratie und auf der Schaffung einer Volksmiliz beruhen sollte. Voraussetzung hierfür war die Perspektive der Ausweitung der Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Westeuropas. Lenins Programm und Perspektive, ausgedrückt in seinen „Aprilthesen“, glichen im wesentlichen dem Konzept der „permanenten Revolution“, das Trotzki über ein Jahrzehnt zuvor entwickelt hatte. So wurde die Basis gelegt für die Partnerschaft zwischen Lenin und Trotzki, die die erste erfolgreiche Arbeiterrevolution der Geschichte anführten.

Als Lenin im April 1917 aus dem Exil in Rußland ankam und eine „Arbeiterrevolution“ forderte, kommentierte der Menschewik I. P. Goldenberg dies abschätzig: „Lenin hat sich nun zu einem Kandidaten für einen europäischen Thron gemacht, der 30 Jahre lang vakant war – der Thron von Bakunin! Lenins neue Worte sind die Neuauflage von etwas Altem – den veralteten Wahrheiten des primitiven Anarchismus“ (zitiert bei N. N. Suchanov, *The Russian Revolution 1917: A Personal Record* [Die Russische Revolution 1917: Ein persönlicher Bericht], 1984). Diese Ansicht wurde von vielen Anarchisten geteilt, die glaubten, daß Lenin praktisch, wenn auch noch nicht formal, mit dem Marxismus gebrochen habe und sich auf ihr Programm zubewege. So schrieb ein gewisser Gregori Raiwa im September 1917:

„Vom Standpunkt des Marxismus aus, des ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘, sind die konsequentesten Marxisten zweifellos die menschewistischen Sozialdemokraten... Und es ist ganz natürlich, daß die Sozialdemokraten, den Auffassungen von Marx treu ergeben, die augenblickliche Russische Revolution als eine bürgerliche Revolution ansehen müssen. Es ist ganz natürlich, daß die sozialdemokratischen Marxisten konsequent eine Koalition anstreben müssen, Verbindungen zur *Bourgeoisie* anstreben müssen. Denn nach dem marxistischen Programm ist die Zeit für eine soziale Revolution noch nicht gekommen... Es ist einsichtig, daß die Bolschewiki als Revolutionäre uns Anarchisten teurer sind und näher stehen. Denn ihre

unnachgiebige revolutionäre Position folgt in Wirklichkeit nicht aus ihrem starren Festhalten an den Lehren von Marx, sondern aus der Tatsache, daß sie die Scholastik ihres Apostels über Bord geworfen haben und eine revolutionäre – das heißt eine antimarxistische – Sichtweise angenommen haben...“

Wir freuen uns darüber, daß es die Bolschewiki und nicht die Menschewiki sind, die überall auf dem Vormarsch sind. Aber wir bedauern, daß die Bolschewiki noch nicht den Staub des Marxismus von ihren Füßen abgeschüttelt haben. Die Bolschewiki müssen sich entscheiden: Marxismus oder Anarchismus?“ (wiedergegeben in Paul Avrich, Hrsg., *The Anarchists in the Russian Revolution* [Die Anarchisten in der Russischen Revolution], 1973)

Von heute aus betrachtet erscheint diese Sichtweise absurd. Aber auf seine Weise hat Raiwa dennoch eine wichtige



Nowosti

Soldaten demonstrieren in Moskau nach der Oktoberrevolution 1917 unter dem Banner „Kommunismus“

Entwicklung in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung registriert: Lenins Entlarvung der *reformistischen Verfälschung* des Marxismus, die in der Zweiten (Sozialistischen) Internationale vorherrschte und von ihren führenden Theoretikern wie Karl Kautsky und Plechanow vertreten wurde.

Lenins Staat und Revolution und die Auswirkungen

Wie wir gesehen haben, war für Lenin der chauvinistische Zusammenbruch der Zweiten Internationale – und besonders der deutschen Sozialdemokratie – beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs ein unerwarteter Schock. Dies brachte ihn dazu, die konventionell akzeptierte marxistische Doktrin, so wie sie vor allem von Kautsky vertreten wurde, einem kritischen Studium zu unterziehen. In Zusammenarbeit mit anderen Bolschewiki, die in ökonomischen Fragen geschult waren, besonders Nikolai Bucharin, studierte Lenin die Veränderungen in der Weltwirtschaft, die dem Krieg, der Europa in ein Schlachthaus verwandelt hatte, zugrunde lagen. Seine Erkenntnisse faßte er zusammen in der 1916 veröffentlichten Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, worin er die materielle Basis des opportunistischen Flügels der Arbeiterbewegung erklärte.

Lenin studierte auch eingehend Marx' und Engels' Schriften über den Staat. Dazu gehörten auch wichtige theoretische

Fortgesetzt auf Seite 14

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 13

Briefe an ihre Anhänger, wie an den deutschen Arbeiterführer August Bebel, die erst *Jahrzehnte*, nachdem sie geschrieben worden waren, veröffentlicht wurden und daher den meisten – ja sogar der großen Mehrheit – der sozialistischen (oder anarchistischen oder syndikalistischen) Arbeiteraktivisten unbekannt waren. Im Sommer 1917 geschrieben, als Lenin in den Untergrund gegangen war, um der Verhaftung durch das bürgerlich-liberale Regime von Alexander Kerenski zu entgehen, brachte *Staat und Revolution* ein wirklich marxistisches Verständnis dieser Frage zum Ausdruck.

Es war allgemein bekannt, daß Marx und Engels der Auffassung waren, daß die Arbeiterbewegung in den Staaten, wo monarchistische oder bonapartistische Regime herrschten, für eine demokratische Republik kämpfen sollte. Gegen die Anarchisten gerichtet, traten sie auch dafür ein, daß sozialistische Parteien Parlamentswahlen und die Vertretung im Parlament ausnutzen sollten, um ihre Unterstützung durch



Dietsch Verlag

I. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale unter dem Vorsitz von W. I. Lenin (Mitte)

die Arbeiter und andere unterdrückte und ausgebeutete Teile der Gesellschaft zu organisieren und festzustellen. Doch die Führer und Theoretiker der Zweiten Internationale verzerrten diese Positionen zu einer Doktrin, daß eine sozialistische Gesellschaft durch parlamentarische Mittel erreicht werden könnte und müßte. Wie Lenin es in *Staat und Revolution* ausdrückte: „Die Opportunisten der heutigen Sozialdemokratie betrachteten die bürgerlichen politischen Formen des parlamentarischen demokratischen Staates als die unüberschreitbare Grenze, sie schlugen sich beim Anbeten dieses ‚Vorbilds‘ die Stirnen wund und erklärten jedes Bestreben, diese Formen zu brechen, als Anarchismus.“

Die Reformisten nahmen an, wenn eine sozialistische Partei erst einmal genügend Stimmen gekriegt hat, die ihr eine Mehrheit im Parlament sichern, dann würde ihr die herrschende kapitalistische Partei, bzw. die herrschenden kapitalistischen Parteien, die Regierungsministerien friedlich übergeben. Einige eingefleischte reaktionäre Generäle, Polizeichefs usw. würde man vielleicht von ihren Posten entfernen müssen. Aber man nahm an, daß die große Mehrheit des Offizierskorps, der Polizeikräfte und der Staatsbürokrati-

tie loyal unter einer sozialistischen Regierung dienen würde, solange diese die Unterstützung einer parlamentarischen Mehrheit hätte.

Wie Lenin hervorhob, bestand die grundlegende Erkenntnis, die Marx und Engels aus der Erfahrung der Pariser Kommune von 1871 gewonnen hatten, darin, daß die Arbeiterklasse die politische Macht nur durch die *Zerschlagung* der bestehenden bürgerlichen Staatsmaschinerie (Polizei, Armee, Gefängnisse, Gerichte usw.) erobern kann. Der Aufstand des Pariser Proletariats hatte sich ja gegen eine *parlamentarische* bürgerliche Regierung gerichtet, die auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts für Männer in ganz Frankreich gewählt worden war, und war später von dieser Regierung niedergeschlagen worden. Marx und Engels, die Proudhonisten und Bakunin, unterstützten *alle* die Pariser Kommune voll und ganz und sahen in ihr ein *Modell* für die zukünftige soziale Revolution, so sehr sie sich auch hinsichtlich der Einschätzung ihres Charakters und der aus ihr zu ziehenden historischen Lehren unterschieden. Wie Lenin feststellte: „Marx stimmt mit Proudhon darin überein, daß sie beide für das ‚Zerschlagen‘ der modernen Staatsmaschine sind. Diese Übereinstimmung des Marxismus mit dem Anarchismus (sowohl mit Proudhon als auch mit Bakunin) wollen weder die Opportunisten noch die Kautskyaner sehen, denn sie haben in diesem Punkt dem Marxismus den Rücken gekehrt.“

Heute ist die allgemeine Gleichsetzung von Demokratie und Parlamentarismus sogar noch weiter verbreitet und wird noch weniger in Frage gestellt als zu der Zeit, als Lenin *Staat und Revolution* schrieb. Es ist deshalb wichtig, die Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß Lenin folgendes mit Nachdruck betonte:

„Der Ausweg aus dem Parlamentarismus ist natürlich nicht in der Aufhebung der Vertretungskörperschaften und der Wählbarkeit zu suchen, sondern in der Umwandlung der Vertretungskörperschaften aus Schwatzbuden in ‚arbeitende‘ Körperschaften. ‚Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.‘...“

Den korrupten und verfaulenden Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft ersetzt die Kommune durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht in Betrug ausartet, denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen.“

Das beste historische Beispiel für Vertretungskörperschaften der Arbeiterdemokratie sind die Sowjets (Räte) der Arbeiterdeputierten, die die wichtigste organisatorische Basis der Russischen Revolution von 1917 waren.

Praktisch jedesmal, wenn Marx und Engels gegen oder über den Anarchismus schrieben, betonten sie, daß das Verschwinden des Staates (d.h. eines besonderen Unterdrückungsapparates) eine zentrale Voraussetzung für die kommunistische Gesellschaft ist. Und sie sahen das „Absterben des Staates“ auch nicht als weit entfernte Zukunftsperspektive. Wie Lenin in *Staat und Revolution* feststellte, ist ein Arbeiterstaat (die Diktatur des Proletariats) von Anfang an radikal anders als ein bürgerlicher Staat oder irgendein früherer Staat, der auf der Herrschaft einer besitzenden und ausbeutenden Klasse beruht. Deshalb werden die Polizei und das stehende Heer durch eine Volksmiliz ersetzt. Es gibt keine Kaste von berufsmäßigen Regierungsbürokraten – statt dessen werden Posten mit Verwaltungsbefugnissen von Arbeitern besetzt, die demokratisch gewählt werden. Aber diese Vorstellung konnte vom bolschewistischen Regi-

me angesichts der extremen Armut und der imperialistischen Umzingelung des revolutionären Rußlands nur teilweise umgesetzt werden.

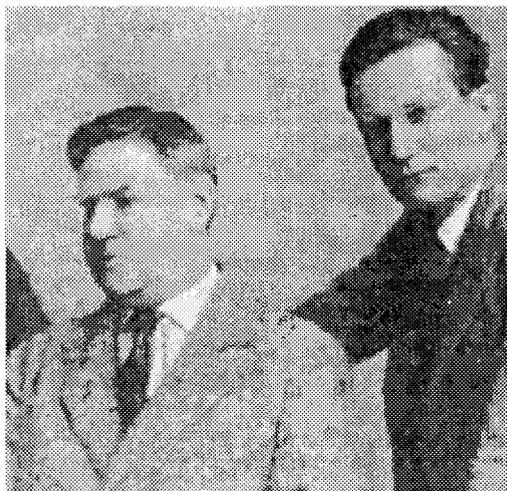
Worin liegt dann der grundlegende Unterschied zwischen Marxismus und Anarchismus in der Frage von Staat und Revolution? Lenin beantwortet diese Frage recht genau:

„Marx greift gegen die Anarchisten zur schärfsten und klarsten Fragestellung: Sollen die Arbeiter ‚die Waffen niederlegen‘, wenn sie das Joch der Kapitalisten abwerfen, oder sollen sie diese Waffen gegen die Kapitalisten ausnutzen, um deren Widerstand zu brechen? Aber die systematische Ausnutzung der Waffen durch eine Klasse gegen eine andere Klasse, was ist das denn anderes als eine ‚vorübergehende Form‘ des Staates?“

Obwohl kurz vor der Oktoberrevolution geschrieben, wurde *Staat und Revolution* erst einige Monate danach in Rußland veröffentlicht. Und erst Ende 1918 oder 1919 war es in den westeuropäischen Hauptsprachen (deutsch, französisch, englisch, italienisch) zugänglich. Daher wurde die Wirkung dieses Buches auf die westliche Linke durch die Größe seines Autors, des wichtigsten Führers der ersten erfolgreichen proletarischen Revolution in der Geschichte, bedeutend verstärkt. Dennoch sollte man diesen Faktor nicht überbetonen. Anarchistische und syndikalistische Aktivisten waren im allgemeinen unabhängig denkende Leute, die dazu tendierten, die Russische Revolution und die Politik und die Doktrinen ihrer Führer mit kritischem Blick zu betrachten. Mehr als die Autorität des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Sowjetrußlands waren es gerade die wesentlichen Aussagen von *Staat und Revolution*, die die Haltung vieler Anarchisten und Syndikalisten gegenüber dem Marxismus geändert haben. Alfred Rosmer, der seine revolutionäre Laufbahn als Anarchist begann, dann für die Sache des Syndikalismus gewonnen wurde und unter dem Eindruck des Krieges und der bolschewistischen Revolution eine führende Persönlichkeit in der französischen und internationalen kommunistischen Bewegung wurde, beschrieb Lenins Buch als eine „angenehme Überraschung“ für Anarchisten und Syndikalisten.

Anarchismus und die Erfahrungen von Revolution und Konterrevolution

Auch wenn Anarchisten und Syndikalisten Lenins *Staat und Revolution* als eine angenehme Überraschung empfanden, so blieb doch die grundsätzliche Differenz über die proletarische Diktatur bestehen. Viele wurden für diese Konzeption und dieses Programm nicht in erster Linie aufgrund theoretischer Diskussionen und Debatten gewonnen, sondern auf der Basis des tatsächlichen Miterlebens der Russischen Revolution und, im allgemeineren Sinn, der re-



IWW-Sprecher „Big Bill“ Haywood (links) mit James P. Cannon, ehemaliger Wobbly und einer der ersten Kommunisten der USA, in Moskau

Labor Defender



Historia 16

Anarchistische CNT-Führer in Spanien wurden Minister der bürgerlichen Volksfrontregierung

volutionären Unruhen, die Europa nach dem Ersten Weltkrieg erfaßten.

Der Oktoberaufstand und das, was unmittelbar darauf folgte, verlief relativ unblutig. Doch die reaktionären Elemente, die sich um die ex-zaristischen Generäle zusammenschlossen hatten, zogen sich in die Randgebiete des ehemaligen Zarenreichs zurück, wo sie konterrevolutionäre Armeen aufstellten, die als Weiße bekannt wurden. Von Mitte 1918 bis 1920 wütete zwischen der Ostseeküste und Ostsibirien ein wirklich schonungsloser Bürgerkrieg zwischen den roten und weißen Armeen. Die Weißen wurden von den verschiedenen imperialistischen Mächten (Deutschland, Britannien, Frankreich, USA, Japan) unterstützt, bewaffnet und finanziert, die darüber hinaus ihre eigenen Expeditionskorps nach Sowjetrußland schickten. Zur gleichen Zeit versuchte die kapitalistische Welt den gerade erst entstandenen Arbeiterstaat durch eine Wirtschaftsblockade auszuhungern.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse brach der russische Anarchismus auseinander. Während des blutigen Bürgerkriegs gab es bei den Anarchisten eine Spannweite von aktiven prosovjetschen Revolutionären über harmlose Utopisten bis zu antikommunistischen terroristischen Kriminellen. Paul Avrich, ein heutiger Historiker mit großen Sympathien für den russischen Anarchismus, faßt zusammen: „Die terroristische Kampagne ging noch viele Monate weiter und erreichte ihren Höhepunkt im September 1919, als eine Gruppe von ‚Untergrundanarchisten‘ im Bündnis mit Linken SRs [Sozialrevolutionäre] einen Bombenanschlag auf das Moskauer Hauptquartier der Kommunistischen Partei verübten, bei dem siebenundsechzig Menschen getötet oder verwundet wurden“ (*The Anarchists in the Russian Revolution*). Die bedeutendste konterrevolutionäre Kraft unter dem Banner des Anarchismus war die ukrainische, auf Bauern gestützte Armee von Nestor Machno, die Pogrome gegen jüdische Gemeinden durchführte und mit weißen Armeen gegen die Bolschewiki kollaborierte.

Zur gleichen Zeit gab es, wie man bei Avrich lesen kann, eine „kleine Armee von Anarchisten, die im Bürgerkrieg gegen die Weißen zu den Waffen gegriffen haben“. Im August 1919 bezeichnete Lenin diese „sowjetischen Anarchisten“, wie man sie nannte, als „unsere besten Genossen und Freunde“. Ein herausragendes Beispiel war Wladimir („Bill“) Schatow. Als junger Mann war Schatow in die Vereinigten Staaten ausgewandert, wo er ein Agitator für die syndikalistische Industrial Workers of the World (IWW) wurde. Er kehrte direkt nach der Februarrevolution nach Rußland zurück und engagierte sich in der Arbeiterbewegung in St. Petersburg (Petrograd). Im Oktober war er ein Mitglied des militärischen Revolutionskomitees des

Fortgesetzt auf Seite 16



Labor Herald

Anarchismus...

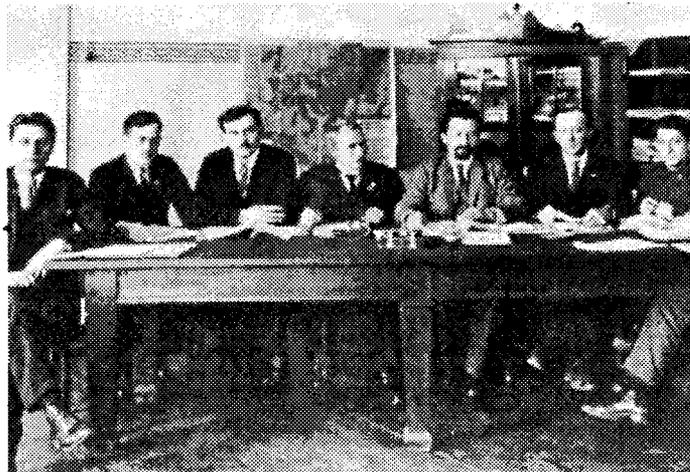
Fortsetzung von Seite 15

Petrograder Sowjets, das unter Trotzki's Führung den Aufstand gegen die Kerenski-Regierung organisierte. Während des Bürgerkriegs diente Schatow als ein Offizier in der 10. Roten Armee und dann als Verkehrsminister in der Fernöstlichen Republik von Sowjetrußland.

Schatow trat der Kommunistischen Partei nicht bei und bekundete, weiter an den Idealen des Anarchismus festzuhalten, kritisierte aber gleichzeitig dessen naive Haltung gegenüber den harschen Realitäten der sozialen Revolution. Er erklärte seine Ansichten den russisch-amerikanischen Anarchisten Emma Goldman und Alexander Berkman, kurz nachdem sie 1920 in Rußland angekommen waren. Goldman beschrieb dies so:

„Die russische Erfahrung hatte ihn [Schatow] gelehrt, daß wir Anarchisten die Romantiker der Revolution gewesen waren, ohne an die Kosten zu denken, die sie mit sich bringen würde, an den schrecklichen Preis, den die Feinde der Revolution uns abverlangen würden, an die teuflischen Methoden, zu denen sie greifen würden, um ihre Errungenschaften zu zerstören. Man kann Feuer und Schwert nicht nur mit der Logik und dem Recht des eigenen Ideals bekämpfen. Die Konterrevolutionäre hatten sich zusammengetan, um Rußland zu isolieren und auszuhungern, und die Blockade forderte schrecklich viele Menschenleben. Die [imperialistische] Intervention und die daraus folgende Zerstörung, die zahlreichen Angriffe der Weißen, die Meere von Blut kosteten, die Horden von [den weißen Generälen] Denikin, Koltshak und Judenitsch; ihre Pogrome, bestialische Rache und die allgemein angerichteten Verwüstungen hatten der Revolution einen Krieg aufgezwungen, von dem ihre weitsichtigsten Verfechter niemals geträumt hatten.“ (zitiert in Avrich, *The Anarchists in the Russian Revolution*, 1973)

Schatow spricht sich hier in der Tat gegen einen Schlüsselaspekt des anarchistischen Dogmas aus. Seine Erkenntnis, daß „wir“ nicht „den schrecklichen Preis, den die Feinde der Revolution uns abverlangen würden“, vorhergesehen hätten, traf die anarchistische Weltanschauung genau ins Herz. Die zentrale theoretische Grundannahme des Anarchismus ist die Existenz von natürlichen moralischen Prinzipien, die von allen Mitgliedern der Menschheit geteilt werden. In einer Rede bei einer internationalen anarchistischen Konferenz 1907 erklärte der langjährige italienische Bakunist Errico Malatesta: „Die anarchistische



Workers Monthly

Links: Gründungskonferenz der Roten Gewerkschaftsinternationale 1921. Zum Exekutivkomitee gehörten ehemalige Syndikalistenführer wie Tom Mann, William Z. Foster und Andrés Nin

Revolution, wie wir sie anstreben, geht weit über die Interessen einer einzelnen Klasse hinaus. Sie setzt sich die vollständige Befreiung der ganzen, augenblicklich geknechteten Menschheit in dreifacher, und zwar in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Hinsicht zum Ziel“ (wiedergegeben in: *Der Anarchismus*, Hrsg. Erwin Oberländer). Anarchisten nahmen implizit an, daß nach der Revolution die Mitglieder der alten herrschenden Klasse entweder von der libertären Sichtweise überzeugt werden würden oder auf jeden Fall sich dem Volkswillen beugen und sich mit der neuen freien und egalitären Gesellschaft abfinden würden.

Hinzu kam, daß die meisten Anarchisten, mit ihrer bornierten Konzentrierung auf Dezentralisierung und ihrer verächtlichen Ablehnung der wissenschaftlichen marxistischen Analyse des Kapitalismus als Weltsystem, sich keinerlei Gedanken machten über die Frage einer ausländischen Militärintervention gegen das Land, in dem die Revolution als erstes an die Macht kommen würde. Natürlich gab es Ausnahmen. Ein paar Jahre vor dem Krieg schrieben zwei führende französische Syndikalisten, Emile Pataud und Emile Pouget ein Buch in Form eines Zukunftsromans – *Wie wir die Revolution zustande bringen werden: Syndikalismus und das kooperative Gemeinwesen*. Nachdem die Syndikalisten durch einen revolutionären Generalstreik an die Macht gekommen sind, wird Frankreich bedroht durch den Überfall einer Koalition bürgerlicher Staaten unter der Führung von Britannien und Deutschland. Aber diese Bedrohung wird ohne größere Probleme durch die Erfindung und Anwendung neuer, phantastisch wirksamer Waffen aus der Welt geschafft, die die Grenzen des französischen kooperativen Gemeinwesens undurchdringlich machen. Sie mußten also zu Science fiction greifen, um das offensichtliche Problem mit ihrer Vision der Revolution zu überwinden.

Ende 1918 beschrieb Lenin, was bis dahin eine offenkundige Tatsache geworden war: „Wenn die Ausbeuter nur in einem Lande geschlagen sind – und das ist natürlich der typische Fall, denn eine gleichzeitige Revolution in einer Reihe von Ländern ist eine seltene Ausnahme –, so bleiben sie doch stärker als die Ausbeuteten, denn die internationalen Verbindungen der Ausbeuter sind außerordentlich groß“ (*Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*). Eine soziale Revolution, wo auch immer in Europa, brächte mit Sicherheit einen Bürgerkrieg und höchstwahrscheinlich eine ausländische Militärintervention mit sich. Die wichtigsten militärischen Kräfte, die Anfang 1919 die Ungarische Räterepublik zerschlugen, waren die rumänische und die tschechische Armee, beide unterstützt von Frankreich und bera-

ten von französischen Offizieren. Jeder wußte, daß ein Arbeiteraufstand in Deutschland sofort mit den Freikorps konfrontiert sein würde – gut organisierten und schwerbewaffneten ultrarechten paramilitärischen Streitkräften – und im Fall des Sieges es dann mit den Armeen der imperialistischen Westmächte zu tun hätte – Frankreich, Britannien und, in der Reserve, die USA.

Viele Anarchisten und Syndikalisten erkannten daher mit der Zeit, oftmals nach grauenhaften persönlichen Erfahrungen, die Notwendigkeit der revolutionären Diktatur des Proletariats. Ein gutes Beispiel war der deutsche Anarchist und Schriftsteller Erich Mühsam. Im Frühjahr 1919 waren Mühsam und einige seiner anarchistischen Mitstreiter zentral an der ersten Phase der sogenannten Bayerischen Räterepublik in München beteiligt, die von den Freikorps zerschlagen wurde. Während des anschließenden weißen Terrors wurde Gustav Landauer, ein bekannter Anarchist und pazifistischer Intellektueller, von den Freikorps-Faschisten erschlagen; Eugen Leviné und andere Führer der bayerischen Kommunisten wurden von dem konterrevolutionären Regime hingerichtet. Mühsam konnte dem Tod entkommen, wurde aber zu sechs Jahren Haft verurteilt. Aus dem Gefängnis richtete Mühsam Ende 1919 einen Appell an seine anarchistischen Mitstreiter:

„Lenins theoretische und praktische Anweisungen für die Durchführung der Revolution bis zur Verwirklichung der kommunistischen Ziele des Proletariats schufen neuen Boden, gaben dem revolutionären Kampf um die Befreiung vom Kapitalismus neue Formen... Der Einigung des wahrhaft revolutionären Proletariats stehen keine unüberwindlichen Schranken mehr im Wege. Wir kommunistischen Anarchisten mußten allerdings einen wichtigen Differenzpunkt zwischen den beiden hauptsächlichsten sozialistischen Schulen, Bakunins Widerstand gegen eine Diktatur des Proletariats, zugunsten Marxens preisgeben.“ (zitiert in Alfred Rosmer, *Moskau zu Lenins Zeiten*)

Und in dieser Periode strömten Zehntausende von anarchistischen und syndikalistischen Aktivisten in die Parteien der neu gegründeten Kommunistischen Internationale.

Aufstieg des Kommunismus, Abstieg von Anarchismus und Syndikalismus

Es war alles andere als einfach, die Einheit des revolutionären Proletariats im Rahmen der Parteien der neu gegründeten Kommunistischen Internationale zustande zu bringen. Ehemalige linke Sozialdemokraten und ehemalige Anarchisten und Syndikalisten in einen politisch homogenen

Kader zusammenzuschmieden wäre schon unter den besten Bedingungen schwierig und konfliktreich gewesen. Es erwies sich als noch viel schwieriger durch die Bedingungen der revolutionären (und konterrevolutionären) Unruhen, unter denen viele kommunistische Parteien entstanden. Die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei konnte nicht einfach auf der Verteidigung Sowjetrußlands gegen die Weißen und die Imperialisten und auf der theoretischen Akzeptierung der proletarischen Diktatur als Übergang zu einer klassenlosen und staatenlosen Gesellschaft beruhen. Es mußte auch eine grundlegende Übereinstimmung in den strategischen Aufgaben und Taktiken, die die Tagesaktivitäten der Partei beherrschten, vorhanden sein – z. B. ob und wie man sich an Parlamentswahlen beteiligt oder die Politik gegenüber den von den Reformisten geführten Gewerkschaften.

Die Frage der Rekrutierung und Assimilierung von anarchistischen und syndikalistischen Aktivisten in die Kommunistische Internationale (Komintern) wurde auf ihrem II. Weltkongreß diskutiert, der Juli/August 1920 in Moskau stattfand. Opposition gegen diese Perspektive wurde von Paul Levi vorgebracht, einem jungen Anwalt, der zum wichtigsten Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) geworden war, nachdem Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Anfang 1919 von den Freikorps ermordet worden waren. Der auf dem äußersten rechten Flügel der kommunistischen Bewegung stehende Levi argumentierte, daß die überwältigende Mehrheit der Arbeiter in Mittel- und Westeuropa bereits die Notwendigkeit einer Partei verstehe, und tat dabei die Anarchisten und Syndikalisten als eine bedeutungslose ultralinke Randerscheinung ab.

Trotzki entgegnete darauf, daß auch die Sozialdemokraten die Notwendigkeit einer Partei verstehen – einer Partei, die die revolutionären Impulse der Arbeiter eindämmen und, wenn notwendig, unterdrücken würde:

„Weil ich weiß, daß eine Partei notwendig ist, und weil ich den Wert der Partei ganz gut kenne, und weil ich einerseits Scheidemann und andererseits einen amerikanischen, einen spanischen, einen französischen Syndikalisten habe, der nicht nur das Bürgertum zu bekämpfen gewillt ist, wie es auch Scheidemann gewillt war, sondern auch wirklich ihm den Kopf abreißen will, so sage ich: Ich ziehe vor, mit diesem spanischen, amerikanischen, französischen Kameraden mich auseinanderzusetzen, um ihm für seine geschichtliche Mission – die Vernichtung des Bürgertums – die Notwendigkeit der Partei zu beweisen. Ich werde ihn kameradschaftlich belehren, mich dabei auf

Fortgesetzt auf Seite 18



Arbeitermilizen (links) verteidigten die Bayrische „Räterepublik“ 1919, die durch Noskes Truppen und die paramilitärischen Freikorps blutig zerschlagen wurde. Rechts: Noske und Ebert (in Zivil) besiegeln in München die Niederschlagung der „Räterepublik“. Im anschließenden Unterdrückungsfeldzug wurden führende Anarchisten und Kommunisten ermordet

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 17

meine Erfahrung stützen, ihm aber nicht die große Erfahrung von Scheidemann gegenüberstellen und sagen: für die Mehrheit ist diese Frage schon gelöst.“ (Rede zum Bericht des Genossen Sinowjew über die Rolle und Struktur der kommunistischen Partei, *Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale*, Reprint 1972)

Leider war Levis Herangehensweise an Anarchisten und Syndikalisten, die sich in Richtung Kommunismus bewegten, ganz anders. Ende 1919 hatte er ganz bewußt Zehntausende von „Linken“ aus der KPD rausgetrieben und sie als „Putschisten“ abgestempelt. Viele von ihnen gründeten dann ihre eigene Partei, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, eine un stabile Mischung von anarchistischer und kommunistischer Politik. Lenin intervenierte persönlich, um diesen Bruch in der deutschen kommunistischen Bewegung zu heilen, aber ohne Erfolg, was zum großen Teil an Levis nahezu pathologischer Feindseligkeit gegenüber dem Anarchismus und gegenüber Anarchisten lag. Weniger als zwei Jahre später provozierte Levi seinen eigenen Ausschluß aus der KPD und kämpfte seitdem von einem sozialdemokratischen Standpunkt aus gegen den internationalen Kommunismus.

Trotz ihrer positiven Orientierung auf anarchistische und syndikalistische Kämpfer verstanden Lenin, Trotzki und die anderen bolschewistischen Führer, daß die neuen kommunistischen Parteien in der kapitalistischen Welt nicht auf der Basis des Fernbleibens von parlamentarischer Politik und von den Massengewerkschaften aufgebaut werden konnten. Auch wußten sie, daß sie nicht über längere Zeit große Minderheiten in ihren Reihen haben könnten, die diese Politik vertreten. Dies würde die im Aufbau begriffenen kommunistischen Parteien zu politischer Lähmung und permanentem Fraktionskampf verurteilen. Die bolschewistischen Führer wollten Genossen, die Kommunisten sein wollten, aber von anarchistischen und syndikalistischen Anschauungen und Vorurteilen geprägt waren, durch genossenschaftliche Diskussionen und politische Überzeugung gewinnen, nicht durch organisatorische Ultimaten.

Der wichtigste Beitrag zu dieser Diskussion war Lenins Broschüre *Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus*, die er im Zusammenhang mit dem II. Weltkongreß der Komintern schrieb und die sofort in allen wich-

tigen europäischen Sprachen verbreitet wurde. Bei seiner Argumentation, daß Kommunisten in die parlamentarische Politik eingreifen und in Massengewerkschaften, die von sozialdemokratischen Reformisten oder sogar von Reaktionsären geführt werden, arbeiten sollen, stützte sich Lenin in starkem Maße auf die Erfahrungen der Partei der Bolschewiki im zaristischen Rußland. Er wies darauf hin, „daß sich der Bolschewismus entwickelt, formiert und gestählt hat im langjährigen Kampf gegen den *kleinbürgerlichen Revolutionarismus*, der dem Anarchismus ähnelt oder manches von ihm entlehnt ...“.

Diese Ansichten und Positionen, gegen die Lenin polemisierte, waren in der gerade erst entstehenden amerikanischen kommunistischen Bewegung vorherrschend. Zum Beispiel war die Politik, revolutionäre Gewerkschaften neben den bestehenden aufzubauen, ein unbestrittener Glaubensgrundsatz für die damalige amerikanische radikale Linke. Beispiel hierfür war die syndikalistische IWW. Zu den Führern der amerikanischen kommunistischen Bewegung gehörte ein früherer Organisator der IWW, James P. Cannon, der später ein Mitbegründer und Führer des amerikanischen Trotzismus werden sollte. In den 50er Jahren erinnerte sich Cannon rückblickend an diese Zeit:

„Das traditionelle Sektierertum der Amerikaner wurde besonders deutlich bei ihrem Versuch, revolutionäre Gewerkschaften außerhalb der existierenden Gewerkschaftsbewegung aufzubauen; bei ihrer Weigerung, für ‚Tagesforderungen‘ zu kämpfen im Rahmen des Klassenkampfes für das sozialistische Ziel; und bei ihrem tief sitzenden Antiparlamentarismus... Dieser ganze Mischmasch von Ultraradikalismus wurde von Lenin 1920–21 aus der amerikanischen Bewegung praktisch rausgefegt. Er schaffte das nicht etwa durch administrative Befehle mit der Rückendeckung durch Polizeikräfte, sondern durch das einfache Hilfsmittel der Veröffentlichung einer Broschüre namens *Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus*.“ (*The First Ten Years of American Communism* [Die ersten zehn Jahre des amerikanischen Kommunismus], 1962)

Die Wirkung des „*Linken Radikalismus*“ ergänzte diejenige von *Staat und Revolution*. *Staat und Revolution* gewann viele Anarchisten und Syndikalisten für die theoretischen Prinzipien der proletarischen Revolution; der „*Linke Radikalismus*“ überzeugte sie von der Strategie und den Taktiken, die notwendig sind, um diese Prinzipien in wirksame Praxis umzusetzen.

Natürlich waren Lenins Schriften keine Zauberformeln, die über Nacht die Vorstellungen aller linksradikalen Aktivisten änderten. Auch forderten die bolschewistischen Führer nicht von ihren Unterstützern die sofortige Zustimmung in allen Fragen. Zu dieser Zeit verteidigten viele Anarchisten und Syndikalisten begeistert Sowjetrußland gegen die Imperialisten und sympathisierten mit der kommunistischen Weltbewegung, lehnten aber immer noch das Konzept einer revolutionären Avantgardepartei ab.

Vor allem um solche Aktivisten anzu ziehen, wurde Mitte 1920 die Rote Gewerkschaftsinternationale gegründet, auch bekannt als die Profintern. Ihr Vorsitzender war Salomon Losowski, ein oppositioneller rechter Bolschewik, der während seines Aufenthalts in Frankreich 1914–17 eng mit revolutionären Syndikalisten wie Pierre Monatte und Alfred Rosmer zusammengearbeitet hatte, um die Antikriegslinken zu organisieren. Die Nummer Zwei in der Profintern war der junge Andrés Nin, der vorher ein prominenter Aktivist in der anarchosyndikalistischen Confederación Nacional del Trabajo (CNT) Spaniens gewesen war, der einzigen Arbeitermassenbewegung in der Welt, die sich auf die bakunistische Tradition berief. Der Aufruf „Die III. Internationale an

SPARTACIST

NUMMER 19 DEUTSCHE AUSGABE WINTER 1997/98 DM 3,- INCL. 30

Für eine leninistisch-trozkistische Partei!

China am Scheideweg:
Proletarisch-politische Revolution
oder kapitalistische Versklavung?

SEITE 7

Permanente Revolution kontra
„antimperialistische Einheitsfront“

Die Ursprünge des
chinesischen Trotzismus

SEITE 23

Originaldokumente aus sowjetischen Archiven veröffentlicht
Trozkis Kampf gegen den stalinistischen
Verrat an der bolschewistischen Revolution

SEITE 40

Revolutionäre Umgruppierung oder
zentristische Alchemie?

SEITE 64

SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellsammlung der IKL

Deutsche Ausgabe Nr. 19, Winter 1997/98
DM 3,- zuzüglich Porto (Im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin

Konto 11988-601,
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60

die Gewerkschaftsverbände aller Länder“ erklärte zur programmatischen Grundlage der Profintern: „Das Programm des internationalen Rats der Gewerkschaftsverbände ist das Programm der III. Internationale, d. h. die revolutionäre Bekämpfung der Bourgeoisie, die Einführung der Diktatur des Proletariats, die Sowjetrepublik und eine enge, unlösliche Verbindung der Kommunistischen Partei mit den Gewerkschaftsverbänden.“ Dieser Aufruf schloß:

„Der Gewerkschaftsverband ist, wie jede Arbeiterorganisation nicht Selbstzweck, sondern bloß ein Mittel zum Zweck. Und deshalb ist auch Spaltung, wie auch Einheit keine absolute Lösung. Wir brauchen keine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, alle diejenigen Gruppen verräterischer Führer aber, die die Arbeiterorganisationen zu einem Spielball des Imperialismus machen, müssen aus den Gewerkschaften hinausgeworfen werden.“ (*Die Kommunistische Internationale* Bd. 3, Nr. 13, Reprint 1974)

Die Gründung der Profintern spaltete die syndikalistische Bewegung in vielen Ländern entlang klarer Links-Rechts-Linien. Im allgemeinen gaben die syndikalistischen Führer, die sich einem Anschluß an die Profintern entgegenstellten, jeden Anspruch auf revolutionäre Politik auf und verbündeten sich mit offenen Reformisten und Sozialchauvinisten. Ein gutes Beispiel hierfür war Alphonse Merrheim. Merrheim war ein Protegé von Fernand Pelloutier, dem Gründungsvater und Theoretiker des französischen Syndikalismus, gewesen und war Chef des wichtigen Metallarbeiterverbands der Confédération Générale du Travail (CGT). Wie wir gesehen haben, half die zentrale CGT-Führung um ihren Generalsekretär Léon Jouhaux (der zum „Nationalen Beauftragten“ ernannt wurde) beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die französische Arbeiterklasse für das imperialistische Gemetzel zu mobilisieren. Merrheim stellte sich gegen den Krieg eher aufgrund einer pazifistischen als aufgrund einer revolutionären Perspektive und spielte eine bedeutende Rolle in der Zimmerwalder Antikriegsbewegung, wo er eine zentristische Position einnahm.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit gab es in Frankreich wie im übrigen Europa explosive Klassenkämpfe (vor allem einen landesweiten Eisenbahnerstreik 1920) und eine scharfe nach links gehende Radikalisierung der Massen. Der schnell anwachsende linke Flügel der CGT, geführt von Monatte, Rosmer und Fernand Loriot, forderte, daß die Organisation sich der Profintern anschließen sollte. Diese Frage führte 1921 zu einer Spaltung. In diesem Fraktionskampf unterstützte Merrheim den Erzchauvinisten Jouhaux gegen seine eigenen früheren Genossen, revolutionäre Syndikalisten, die zu Unterstützern des internationalen Kommunismus geworden waren. Merrheim stellte sich nun im Namen der Souveränität der französischen Nation gegen die kommunistische Weltbewegung und griff Lenin dafür an, daß dieser versuche, eine „Diktatur über alle Parteien, alle Nationen“ zu errichten.

Nicht alle Anarchisten und Syndikalisten, die die kommunistische Bewegung ablehnten und sich ihr politisch entgegenstellten, wurden, wie Merrheim, Arbeiterleutnants oder Apologeten für ihre eigene imperialistische Bourgeoisie. Der alte italienische Bakunist Errico Malatesta und der langjährige amerikanische Syndikalist Vincent St. John, der wichtigste und hochgeschätzte Führer der IWW, nahmen anfänglich eine abwartende, aber aufgeschlossene Haltung ge-

genüber der bolschewistischen Revolution ein. Doch schon Anfang der 20er Jahre traten ihre antikommunistischen Vorurteile in den Vordergrund, und sie wurden zu entschiedenen Gegnern von Sowjetrußland und seinen internationalen Unterstützern. Männer wie Malatesta und St. John waren in ihrem Denken zu sehr festgefahren, als daß man sie für den revolutionären Marxismus, wie er von Lenin und Trotzki dargelegt und weiterentwickelt wurde, hätte gewinnen können. Aber sie waren auch zu sehr festgelegt und prinzipienfest, als daß sie unter dem Banner des Antikommunismus gemeinsame Sache mit rechten Gewerkschaftsbürokraten und kapitalistischen Reaktionären gemacht hätten.

Malatesta und St. John waren Revolutionäre aus der Ära vor 1914 – persönlich ehrenhaft und sogar heroisch. Aber ihre Doktrinen und ihr Programm hatten in der Welt, die



Oxford University Press

Auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1920 verteidigte Trotzki die Orientierung, anarchistische und syndikalistische Kämpfer zu gewinnen

aus dem europaweiten imperialistischen Krieg und der proletarischen Revolution in Rußland hervorgegangen war, keine Bedeutung mehr. Sie waren dadurch zu sektiererischer Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die Generation junger Arbeiter und linker Intellektueller, deren Haß auf die bürgerliche Ordnung mitten im Dreck und Blut der Schlachtfelder entstand und deren Hoffnung auf eine bessere Zukunft durch den Roten Oktober inspiriert wurde, schloß sich in Scharen der Kommunistischen Internationale an.

Trotz der Welle von revolutionärer Gärung, die nach dem Krieg über Europa hinwegrollte, und trotz des Wachstums von kommunistischen Massenparteien überlebte die bürgerliche Ordnung dank der unentbehrlichen Unterstützung der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, sowohl der sozialdemokratischen als auch der syndikalistischen. Nach sieben Jahren imperialistischem Krieg und Bürgerkrieg war Sowjetrußland weitgehend verwüstet und blieb weiterhin isoliert und von feindlichen und mächtigeren imperialistischen Staaten umzingelt. Deshalb kam das bürokratische Regime unter J. W. Stalin an die Macht und entriß dem Proletariat die politische Macht, um sein konterrevolutionäres, antibolschewistisches Programm vom „Sozialismus in einem Land“ durchzusetzen. Im Verlauf dieses Prozesses ermordete es praktisch alle Führer und Kader der alten Bolschewiki. Dennoch waren noch jahrzehntelange stalinistische Repression und Lügen notwendig, die das sozialistische Bewußtsein der Arbeiterklasse unterminierten, sowie jahrzehntelanger systematischer Verrat an revolutionären

Fortgesetzt auf Seite 20

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 19

Gelegenheiten in anderen Ländern, bis die endgültige Kapitulation vor der kapitalistischen Konterrevolution 1991/92 die Sowjetunion zerstörte.

Anarchismus gegen die Spanische Revolution

In den 20er Jahren war Spanien das einzige Land der Welt, wo der Anarchismus eine bedeutende Bewegung geliebt war. Aus diesem Grund waren die Spanische Revolution und der Bürgerkrieg von 1936–39 ein entscheidender historischer Test des Anarchismus. Letzten Endes hatte die anarchistische Hegemonie über die militanten Arbeiter Spaniens zur Folge, daß die proletarische Revolution erdrosselt wurde und die Kampfbrigaden der Arbeiterklasse durch die bürgerliche Reaktion blutig niedergeschlagen wurden. Tatsächlich spielten die bürokratischen anarchistischen Führer der CNT, bei all ihrem „revolutionären“ Gehabe, die gleiche Rolle wie 1919 die verachteten Sozialdemokraten in Deutschland, deren verräterische Koalition mit der Bourgeoisie zur Verhinderung einer Arbeiterrevolution sie dazu brachte, Handlanger bei der Ermordung von Revolutionären wie Rosa Luxemburg zu sein.

Mit dem Militärputsch des faschistischen Generals Francisco Franco im Juli 1936 begann in Spanien eine revolutionäre Situation der *Doppelherrschaft*: zwischen der bürgerlichen Volksfrontregierung der „Republikanischen Linken“ und den bewaffneten Arbeitermilizen, die durch die Straßen patrouillierten, die Kriegsvorbereitungen organisierten und daran gingen, die Armee und Polizei zu entwaffnen. Arbeiterkollektive leiteten die Fabriken, und Landarbeiterkollektive übernahmen die landwirtschaftliche Produktion. Die Klassenherrschaft der Bourgeoisie überlebte in Spanien hauptsächlich deshalb, weil die Stalinisten und Sozialdemokraten alles daran setzten, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Das Bollwerk der proletarischen Doppelherrschaft in Spanien war die kämpferische Arbeiterklasse Kataloniens, wo Landbesetzungen und Versuche, eine Arbeiterkontrolle über die Industrie einzuführen, schon lange vor Francos Aufstand begonnen hatten. Francos Versuch, Barcelona zu erobern, war durch die proletarische Mobilisierung entscheidend zerschlagen worden. Aber obwohl Arbeitermilizen die Straßen von Barcelona kontrollierten, kristallisierten sich nie übergreifende nationale Organe proletarischer Macht wie die russischen Sowjets heraus. Der wesentliche Grund dafür war das Fehlen einer revolutionären Partei, die dafür kämpft, die Arbeiterklasse, in Opposition zu den reformistischen Verrätern, für die Eroberung der Staatsmacht zu vereinen.

Die katalanische Regierung von Luí Company war völlig abhängig von der Führung des anarchistischen Massengewerkschaftsverbandes, der CNT. Company forderte die CNT-FAI (die anarchistische Gewerkschaft und Partei) und die zentristische POUM auf, in die katalanische Regierung einzutreten. Und genauso wie ihre stalinistischen und sozialdemokratischen Pendant anderswo, die noch offener reformistisch waren, griffen die anarchistischen und zentristischen Führer im September 1936 sofort zu, als ihnen Ministersessel angeboten wurden! Nur der Eintritt der CNT in die katalanische Regierung konnte Company genügend Rückenbedeckung für eine konterrevolutionäre Mobilisierung geben.

Die entscheidende Schlacht begann am 3. Mai 1937, als Zivilgarden der Regierung (unter dem Kommando des stalinistischen Kommissars für Öffentliche Ordnung) versuchten, die Telefónica (das Haupttelefongebäude) von Barcelona zurückzuerobern, das wichtigste Gebäude im Stadtzentrum, Symbol der Machtübernahme in der Indu-

strie und im öffentlichen Dienst durch die Arbeiterkomitees. Die Telefónica-Arbeiter, überwiegend Anhänger der CNT, schlugen erbittert zurück. Die Nachricht über diesen Angriff verbreitete sich wie ein Lauffeuer: Innerhalb von Stunden wurden überall in der Stadt Barrikaden errichtet, und nach dem ersten Tag war praktisch ganz Barcelona in der Hand der Arbeiter. Bei Einbruch der Nacht hatten Straßenkämpfe begonnen, als die Volksfrontregierung gegen die bewaffneten Arbeitermassen vorging.

Die CNT-FAI manövrierte, um die Kapitulation der Telefónica auszuhandeln, und gab gleichzeitig ein Flugblatt heraus, in dem die Arbeiter dazu gedrängt wurden, ihre Waffen niederzulegen. Die kämpferische CNT-Basis war eigentlich dagegen, aber ohne organisierte Führung und angesichts des demoralisierenden Verrats ihrer Führer verließen die Arbeiter nach und nach die Barrikaden. Bis zum 6. Mai hatte die Regierung die Kontrolle über die Stadt zurückgewonnen. Vergeltungsmaßnahmen kamen prompt und waren blutig: Die Polizei wütete in den Arbeiterbezirken.

Die Mai-Tage von Barcelona brachen dem Kampf gegen Franco das Genick. In dem entscheidenden Augenblick verhielten sich die anarchistischen Führer wie x-beliebige reformistische Ausverkäufer und dienten als die letzte Stütze, um die spanische bürgerliche Demokratie über die Runden zu bringen und zugleich die Arbeiter niederzuschlagen. Wie Leo Trotzki erklärte:

„Da die Anarchisten das *Ziel* ablehnten, nämlich die Machteroberung, konnten sie letzten Endes auch nicht umhin, das *Mittel* abzulehnen, d. h. die Revolution. Die Führer der CNT und der FAI halfen der Bourgeoisie nicht nur, im Juli 1936 einen Schatten der Macht zu behalten, sondern auch stückweise das wiederherzustellen, was sie auf einen Schlag verloren hatte. Im Mai 1937 sabotierten sie den Aufstand der Arbeiter und retteten damit die Diktatur der Bourgeoisie. So erwies sich der Anarchismus, der nur antipolitisch sein wollte, in Wirklichkeit als antirevolutionär und in den kritischsten Augenblicken als konterrevolutionär.“ („Die spanische Lehre: eine letzte Warnung“, Dezember 1937)

Sechs Jahrzehnte nach dem Verrat an der Spanischen Revolution durch Anarchisten und Stalinisten gleichermaßen ist der Stalinismus gründlich diskreditiert. Der Anarchismus andererseits erlebt in der letzten Zeit eine gewisse Wiederbelebung. Dazu hat eine verständliche Abscheu vor der stalinistischen Pervertierung der Ideale des Kommunismus beigetragen, genauso wie die Demoralisierung angesichts der scheinbar unerschütterlichen Stabilität des Kapitalismus nach der Zerstörung der UdSSR und der Haß auf den reformistischen Verrat derjenigen, die vorgeben, Anhänger des „Sozialismus“ zu sein.

Der Anarchismus, der historisch gescheitert ist, der im lebendigen Klassenkampf entlarvt und durch den Sieg des authentischen Marxismus im Oktober 1917 beiseite gefegt wurde, erhebt wieder sein Haupt. Es wäre ein Hohn, wenn es dieser falschen Ideologie – eine extreme Version von radikal-demokratischem Idealismus – erlaubt würde, eine neue Generation von potentiellen Revolutionären von der entscheidenden Aufgabe abzulenken, die vor uns liegt: dem Aufbau einer revolutionären Führung, die im Proletariat verwurzelt ist – einer leninistischen Avantgardepartei, die die unverzichtbare Voraussetzung für den entscheidenden internationalen Sieg der Arbeiter und Unterdrückten ist. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga sind dieser Aufgabe verpflichtet: in der ganzen Welt neue Rote Oktober vorzubereiten, indem wir junge kämpferische Arbeiter und linke Intellektuelle für das Programm der proletarischen Revolution und die ihm zugrundeliegenden Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus gewinnen. ■

Asyl für Kurden...

Fortsetzung von Seite 11

unterjochten Ländern fliehen. Wie der Maastrichter Vertrag von 1992, der eine gemeinsame europäische Währung bis zum Ende des Jahrhunderts vorsah, sollte Schengen einen Schritt hin zur Verschmelzung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaften in einen einzigen übernationalen europäischen Staat darstellen. Doch dies ist reaktionärer Utopismus. Die Bourgeoisie ist von Natur aus eine national beschränkte Klasse, deren Aufstieg zur Macht eng verbunden war mit der Herausbildung mächtiger Nationalstaaten, die dazu dienten, den nationalen Markt der jeweiligen Bourgeoisie zu schützen und gleichzeitig international mit rivalisierenden kapitalistischen Staaten zu konkurrieren. Wie der russische Revolutionär Leo Trotzki während des Zweiten Weltkriegs und am Vorabend des Nazi-Holocaust schrieb:

„Die Welt des niedergehenden Kapitalismus ist überbevölkert. Die Frage, hundert zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen, wird ein Hauptproblem für eine derartige Weltmacht wie die Vereinigten Staaten... Inmitten der weiten Ausdehnung des Landes und der Wundertaten der Technologie, die für den Menschen sowohl den Himmel als auch die Erde eroberte, hat es die Bourgeoisie fertiggebracht, unseren Planeten zu einem ekelregenden Gefängnis zu machen.“ („Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution“, Mai 1940)

Die von den Kapitalisten und ihren sozialdemokratischen Kumpanen betriebene rassistische Politik hat in ganz Europa faschistischen Banden großen Auftrieb gegeben, die spüren, daß sie grünes Licht für ihre mörderischen Angriffe auf Immigranten und Linke haben. Doch das Endziel dieser rassistischen Schocktruppen der kapitalistischen Reaktion ist es, die gesamte organisierte Arbeiterbewegung auszulöschen. Eingewanderte Arbeiter sind ein entscheidender Bestandteil des Industrieproletariats, ob nun Kurden in Deutschland, Nordafrikaner in Frankreich oder Schwarzafrikaner in Italien. Französische Arbeiter haben in den letzten zwei Jahren mit einer Reihe von Massendemonstrationen gegen die Ausweisung der „sans-papiers“ das Potential gezeigt, das multiethnische Proletariat gegen rassistischen Terror zu mobilisieren. In Deutschland hat eine Anzahl von Protesten und Streiks gebürtige Deutsche und eingewanderte Arbeiter vereint, wie bei dem machtvollen einwöchigen Bergarbeiterstreik letztes Frühjahr. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Arbeiter von den reformistischen Verrätern zu brechen und revolutionäre Arbeiterparteien als Teil einer leninistisch-trozkistischen internationalen Partei zu schmieden.

Die kleinbürgerlich-nationalistische PKK fordert die UNO und verschiedene imperialistische Mächte auf, eine „politische Lösung“ der kurdischen Frage in der Türkei auszuhandeln. Die EU ist ebenso sehr ein Feind der Kurden wie die türkische Regierung. Ein Hauptgrund für die kürzliche Ablehnung des türkischen Antrags auf EU-Mitgliedschaft war die Furcht der deutschen und anderer Bourgeoisien vor einer massenhaften Einwanderung von Kurden und Türken. Inzwischen manövriert die türkische Bourgeoisie bei der Suche nach Unterstützung zwischen dem US- und dem deutschen Imperialismus, während sie eine blutige Allianz mit den anti-palästinensischen zionistischen Herrschern Israels schmiedet. Und als PKK-Führer Kani Yilmaz vor drei Jahren London besuchte, um für eine „politische Lösung“ Druck zu machen, wurde er verhaftet und für zwei Jahre ins Gefängnis gesteckt, bevor er an Deutschland ausgeliefert wurde, wo er jetzt wegen seiner führenden Rolle in einer „terroristischen Vereinigung“ vor Gericht steht. Freiheit für Kani Yilmaz!

Auch wenn die Bourgeoisien des Nahen Ostens die

unmittelbaren Unterdrücker des kurdischen Volkes sind, kann es Selbstbestimmung für die Kurden nur im Kampf gegen den Imperialismus und seine wiederholten Interventionen in dieser Gegend geben. Nach dem Golfkrieg 1991 wurde Irakisch-Kurdistan zu einer „Schutzzone“ für Kurden erklärt, der von den USA und anderen Imperialisten unter dem Feigenblatt der UNO überwacht werden sollte. Doch das türkische Regime, von den USA und Deutschland bis zu den Zähnen bewaffnet, ist wiederholt in diese „Schutzzone“ einmarschiert, um Unterstützer der PKK zusammenzutreiben und zu töten.

Die nationale Befreiung Kurdistans erfordert den revolutionären Sturz von vier kapitalistischen Regimen – Türkei, Irak, Iran und Syrien –, unter denen die 25 Millionen Kurden des Nahen Ostens aufgeteilt sind, und die Abschüttelung des Jochs der imperialistischen Vorherrschaft. Die Verbündeten und die Hauptkraft der kurdischen Befreiung sind in dem jeweiligen Proletariat dieser Länder zu finden, das seine eigene Rechnung mit seinen Ausbeutern zu begleichen hat. Es ist lebenswichtig, in diesen Ländern revolutionäre multinationale Arbeiterparteien zu schmieden, die der nationalen Befreiung Kurdistans durch eine sozialistische Revolution verpflichtet sind. Das kurdische Proletariat in der Diaspora – in den wichtigen Industriezentren nicht nur des Nahen Ostens, sondern auch Westeuropas (gemeinsam mit Türken) – verkörpert die lebendige Brücke zwischen dem Befreiungskampf der kurdischen Nation und der proletarischen Revolution im imperialistischen Westeuropa.

Das ist die Perspektive von Trotzki's permanenter Revolution für Länder, deren kapitalistische Entwicklung durch den Imperialismus verzögert wurde: Die Aufgaben der politischen Demokratie und der nationalen Befreiung können nur dadurch gelöst werden, daß das Proletariat an der Spitze der unterjochten Nation die Macht erobert und dies verbunden wird mit dem Kampf für sozialistische Revolutionen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Diese Perspektive erfordert den Aufbau leninistischer Avantgardeparteien, die jede Art von sozialer und nationaler Unterdrückung bekämpfen als integraler Teil des Kampfes für die politische Macht der Arbeiterklasse. Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan als Teil einer Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens! Nieder mit der imperialistischen „Festung Europa“! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Für die Wiederschmiedung von Trotzki's Vierter Internationale, um für neue Oktoberrevolutionen weltweit zu kämpfen! Das ist die Aufgabe, der sich die Internationale Kommunistische Liga verpflichtet hat. ■

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (6 Ausgaben): DM 10,-
 Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
 beide Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

131

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
 Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Kahrolsun "Avrupa Kalesi" ...

Baştarafı 24. Sayfada

başlattılar. Kapitalist Avrupa'nın ırkçı efendileri, sağcı terörün, ırkçı zulmün ve yenisömürge "Üçüncü Dünya"daki sömürülerinin yarattığı aşırı sefaletin kurbanlarını dışarıda tutmaya kararlılar. Enternasyonal Komünist Liga olarak talep ediyoruz: Kahrolsun NATO/BM'in aklıktan öldürme ambargosu -Irak'tan ellerinizi çekin! Türk ordusu Kürdistan'dan dışarı! Sınırdışı etmelere son! Sağcı terörden kaçan Kürtlere ve bütün mültecilere iltica hakkı!

Sovyetler Birliği ve Doğu Avrupa'daki kapitalist karşı devrimlerin sonucu olarak dünya pazarlarının yeniden paylaşılması üzerine kurulu emperyalistler arası çıkar çatışmaları keskinleşti. Bu da rakip ticaret bloklarının yaratılması ya da pekiştirilmesine yol açtı, örneğin; emperyalistlerin bir yandan kendi ülkelerindeki emekçi kitlelere karşı vahşi saldırılarda buldukları ve diğer yandan da dış pazarlar için rekabet etmek amacıyla oluşturdukları, gerici bir çabanın ürünü olan, Avrupa Birliği (AB). Kapitalist saldırının en keskin ucunda, kapitalist sistemin yarattığı artan işsizlik ve sürekli artan sefaletin günah keçisi yapılan göçmen ve mültecilere yönelik ırkçı terör yer almaktadır. Avrupa'nın hakim sınıfları, işçileri bölmek, onların sınıf bilinçlerini zehirlemek ve yeni emperyalist savaşlara ideolojik olarak hazırlamak için, ırkçı histeriyi bilinçli olarak körüklemektedirler.

Bütün Avrupa'da emperyalistlerin ayak işlerini, örgütlü işçi sınıfı içerisindeki liderlik konumlarını kullanarak, sosyal demokratlar ve eski stalinistler yapmaktalar. Reformistlerin ve merkezçilerin de "kötünün iyisi" oldukları hesabıyla destekledikleri bu partiler, Lenin'in ifadesiyle; örgütlü işçi sınıfına dayanan fakat kapitalist düzeni korumaya yeminli "burjuva işçi partileridir". Böylesi partilerin oluşturdukları parlamento hükümetleri, gerek burjuva partileriyle koalisyonunda gerekse tek başlarına olsun, burjuva efendilerinin talep ettiği işçi ve göçmen düşmanı politikaları uygulayan kapitalist hükümetlerdir.

İtalya'da, eski Stalinist Demokratik Sol Parti'nin (PDS) çeşitli burjuva politikacılarıyla oluşturduğu koalisyon hükümeti Avrupa'nın en vahşi göçmen düşmanı politikalarından birini uygulamaktadır. İtalyan Komünist Partisi'nin parçalanmasının yan ürünlerinden biri olan Rifondazione Comunista'nın (RC) desteğiyle, bu ırkçı rejim, parlamentodan

300,000 kadar insanı sınırdışı etmekle tehdit eden yasaları çıkartmıştır. Geçen ilkbaharda İtalyan Deniz Kuvvetleri Adriyatik denizinde, Arnavutluk'taki karışıklık ve sefaletten kaçan, çaresizlik içindeki mültecilerle dolu bir gemiyi batırarak, 89 insanı öldürdü. İtalyan emperyalizmi, ellerinde bu katliamın kanıyla, sonra da "düzeni" sağlamak üzere Arnavutluk'a asker gönderdi. Bu arada, İtalya'ya ulaşabilmiş olan binlerce Arnavut mülteci, toplama kamplarına sürülüp, alalecele sınırdışı edildiler. Bu toplama kampları, bugün Kürt mültecileri hapsedmek için kullanılmaktalar. Hükümetinin Kürt mültecilere karşı sıkı tedbirler alması üzerine Almanyadan aldığı buyruklara yanıt olarak, bir PDS bakanı, -Türkiye ve AB'nden polis amirleriyle yapacağı toplantının önceki akşam- yaptığı konuşmada "yasadışı göçe karşı kesin bir kararlılıkla savaşacağına" yemin ediyordu.

Fransız koalisyon hükümetinin sosyalist başbakanı Lionel Jospin de, en az İtalyanlarınkı kadar göçmen düşmanı, ve önceki muhafazakar başbakan kadar ırkçı politikalar uygulamakta. Sosyalistler ve Komünist Parti'nin burjuva politikacılarla birlikte oluşturduğu sınıf uzlaşmacı bir koalisyon olan halk cephesi hükümeti, neo-gaullist Alain Juppé'nin ırkçı ve işçi düşmanı politikalarına karşı girişilen kitle grev ve gösterileri dalgasının ardından seçildi. Ancak halk cephesi hükümeti, ordunun göçmen azınlık mahallelerini terörize etmek için kullanıldığı ırkçı "Vigipirate" kampanyasını sürdürmeye devam etti. Hükümetin göçmenlik üzerine çıkarttığı "yeni" kanunlar, bazı yönlerden önceki hükümetin çıkarttığı "gerici kanunlardan çok daha sınırlayıcıdır. Bu arada "sans-papiers" (resmi belgesi olmayan işçiler) sınırdışı edilecekler: Jospin, 100,000'i aşkın insanı toplu halde sınırdışı etmenin hazırlığını yapmak üzere geçtiğimiz ay Senegal, Mali ve Fas'ı dolaştı. Ayrıca, Kürt mülteciler konusunda histeri körüklenmiş İtalyan sınırını Kürtlere kapatmak üzere Fransız polis birlikleri seferber edilip bölgeye gönderildiler.

Almanya'da Başbakan Helmut Kohl'ün Hristiyan Demokratları (CDU) da Türk ve Kürt asıllı iki milyon göçmen ve mülteciye karşı savaş ilan etmiş durumda. Bu insanların çocukları -Almanya'da doğanlar da dahil-, geçen yıl, ülkede kalabilmek için vize başvurusu yapmak zorunda bırakıldılar. Solcu Türk grupları ve PKK da dahil olmak üzere Kürt milliyetçi grupları yasaklandılar. Kürt ulusal renklerini teşhir etmek bile, Türkiye'de olduğu gibi, yasadışı ilan edildi. Ekonomik gücünü kullanarak, eski Yugoslavya işçi devletinin parçalanmasının koşullarını kabul ettiren ve böylece milyonlarca insanın mülteci olmasına yolaçan Bonn hükümeti, geçtiğimiz yıl, 300,000 civarında Bosnalıyı sınırdışı etmek üzere harekete geçti. Bu, Hitler'in Üçüncü Reich'ından bu yana en büyük kitlesel sınırdışı etme hareketidir. Şimdi de Almanya içişleri bakanı Manfred Kanther, İtalya'ya "sınırlarını güvenlik altına almasını" emrediyor ve Almanya'nın "Bosna'da olduğu gibi, dünya çelişkilerinden dolayı yasadışı örgütlenmiş bir göç hareketini bir daha" kabul etmeyeceğini ilan ediyor (*Frankfurter Rundschau*, 7 Ocak).

Bu arada Sosyal Demokratlar (SPD) ise Kohl'e sağdan saldırarak CDU hükümetini, Kürt göçünü durdurması için Roma'ya daha önceden baskı yapmamış olmakla suçluyor ve AB ülkeleri arasında sıkı sınır kontrolünün yeniden uygulamaya geçirilmesini talep ediyorlar. SPD'nin kontrolünde bulunan Hamburg eyaleti tam bir göçmen düşmanı polis devletine dönüştürüldü. Geçtiğimiz sonbaharda SPD'nin burada yaptığı seçim kampanyası o denli iğrençesine ırkçıydı ki; burjuva basını bile, bunun "savaş sonrası Almanya'sında solun yaptığı en yabancı düşmanı seçim kampanyalarından biri" olduğu tespitini yapmak zorunda kaldı (*London Independent*, 22 Eylül 1997). SPD, göçmen düşmanı ırkçılığı körükleyerek, aynı zamanda, bütün Almanya'da Nazi çetelerine de yeşil ışık yaktı.

SPD'nin CDU ile birlikte hükümet olduğu Bremen'de, sınırdışı edilmeye yüzüye olan Kürt tutuklular, işkenceye,

SPARTAKİST EK 3

(in türkischer Sprache)

Doğu Berlin'den
Taşkent'e Kadar:
Kapitalist Karşı-devrim
Kadını Ayaklar
Altına Alıyor

Aşağıdaki makale ilk kez,
(Dördüncü Enternasyonalist)
Enternasyonal Komünist
Ligası'nın Amerika seksiyonu
olan Spartakist Ligası/
ABD'nin Kadın Komisyonu
tarafından çıkarılan Women
and Revolution (Kadın ve
Devrim) dergisinin ilkbahar/
Yaz 1993 tarihli 42. sayı-
sında yayınlamıştır.

16 Sayfa, DM 1,-

İsteme adresi:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
Postbank Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60



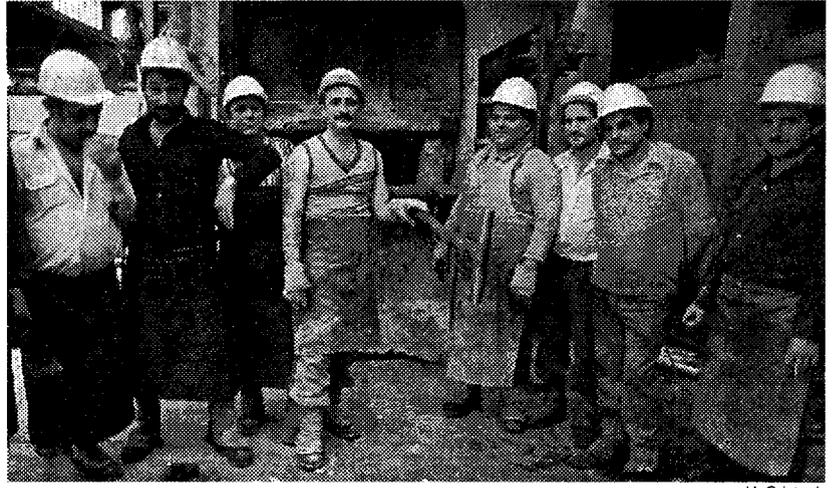
hücrelerin kalabalıklığına ve diğer aşağılayıcı koşullara karşı açlık grevindeler. SPD'li bir adalet bakanlığı yetkilisi istifa etmek zorunda kalmış, fakat onun yerine göreve gelen yetkili ise, Ramazan ayına denk gelen açlık grevini alaylı bir tavırla "oruç zamanı" olarak değerlendirip, görmemezlikten gelmişti (*Neues Deutschland*, 8 Ocak). Bu arada, Türkiye'de Erzurum cezaevinde de 370 civarında Kürt tutuklu açlık grevinde. Alınan haberlere göre, açlık grevindeki protestocuların altısı ölüm tehlikesiyle karşı karşıya. Taleplerimiz: PKK ve Türk sol örgütü Devrimci Sol'a konulan yasağa son! Solcu ve Kürt milliyetçisi siyasi tutuklulara özgürlük! "Yabancılar Yasasına" son! Bütün göçmenlere tam vatandaşlık hakkı!

İtalya'nın Avrupalı komşularının Kürt göçmenlere karşı deli gibi koşuşturarak sınır kontrolü koymaya kalkmaları, başlıca Avrupa ülkelerinin, aralarındaki sınırlarda pasaport kontrolünü kaldırmak üzere, 1995 yılında yaptıkları Schengen Anlaşmasıyla çelişmektedir. Fakat, bu aslında Schengen Anlaşmasının gerçek amacına işaret etmektedir; yani, ırkçı "Avrupa Kalesi"ni emperyalizmin çizmeleri altında bulunan geri kalmış ülkelerdeki insanlık dışı koşullardan ve sömürden kaçan göçmenlere ve mültecilere karşı daha da sağlamlaştırmak. Yüzyılın sonunda ortak bir Avrupa para birimine geçilmesini öngören 1992'deki Maastricht Anlaşması gibi, Schengen de, varolan kapitalist toplumların tek bir uluslarüstü Avrupa devletinde bütünleşmesine doğru atılan bir adım olarak nitelenmişti. Fakat bu, gerici bir ütopyacıdır. Burjuvazi, tabiatı gereği, ulusal olarak sınırlı bir sınıftır. Onun iktidara yükselişi, rakip kapitalist devletlerle uluslararası rekabet yaparken, aynı zamanda kendi ulusal pazarını korumaya hizmet eden güçlü ulus devletlerinin ortaya çıkışına sıkı sıkıya bağlıdır. Rus devrimcisi Leon Troçki'nin II. Dünya Savaşı sırasında ve Nazi soykırımının hemen öncesinde yazdığı gibi:

"Çürüyen kapitalizmin dünyası çok kalabalıklaştı. Yüz mülteciyi daha içeri almak Amerika Birleşik Devletleri gibi bir süper güç için büyük bir sorun yaratır... Muazzam geniş toprakların ve insanlık adına yeri ve göğü fetheden harika teknolojinin ortasında, burjuvazi gezegenimizi iğrenç bir hapishaneye dönüştürmeyi becerdi." ("Manifesto of the Fourth International on the Imperialist War and the Proletarian World Revolution" [IV. Enternasyonal'in Emperyalist Savaş ve Proleter Dünya Devrimi Üzerine Manifestosu], Mayıs 1940)

Kapitalistlerin ve onların sosyal demokrat uşaklarının ırkçı politikaları, bütün Avrupa'da, göçmenlere ve solculara karşı katil saldırılarına devam etmeleri için kendilerine yeşil ışık yakıldığını hisseden faşist çetelerin büyük oranda güç kazanmalarını sağladı. Ancak, kapitalist gericiliğin bu ırkçı şok birliklerinin nihai amacı, örgütlü işçi sınıfı hareketinin bir bütün olarak imha edilmesidir. Almanya'da Kürtler, Fransa'da Kuzey Afrikalılar ve İtalya'da siyah Afrikalılar olmak üzere, göçmen işçiler sanayi proleteryanının anahtar bir parçasıdır. Fransız işçiler, geçtiğimiz iki yıl içerisinde, resmi belgesiz işçilerin sınırdışı edilmelerine karşı yaptıkları bir dizi kitlesel protesto gösterisiyle, proleteryanın diğer etnik kökenlerden gelen kesimlerini ırkçı teröre karşı seferber etme potansiyellerini ortaya koydular. Almanya'da yapılan birçok grev ve protesto gösterisi, geçtiğimiz ilkbaharda bir hafta süren son derece etkili maden işçileri grevinde olduğu gibi, Alman işçilerle göçmen işçileri birleştirdi. Bu bağlamda, belirleyici görevimiz: işçileri reformist hainlerden koparmak ve leninist-troçkist bir enternasyonal partinin parçaları olan devrimci işçi partileri kurmaktır.

Küçük burjuva milliyetçi PKK, Birleşmiş Milletlere ve emperyalist güçlere, Türkiye'de Kürt sorununun "politik çözümü" için aracılık etmeleri çağrısı yapıyor. AB de, en az Türk



H. Cristoph

Ruhr Bölgesi'nde bir alüminyum fabrikası. Almanya endüstri proleteryanının stratejik unsurları, Türk ve Kürt işçiler

hükümeti kadar Kürt düşmanıdır. Geçenlerde Türkiye'nin AB'ye başvurusunun reddedilmesinin de en büyük nedenlerinden biri, Alman ve diğer burjuvazilerin, yığın halinde Türk ve Kürt göçünden korkmalarıdır. Bu arada Türk burjuvazisi, İsrail'in, Filistinlilerin can düşmanı, Siyonist yöneticileriyle kanlı bir pazarlığa oturmuşken, Alman ve ABD emperyalizmi arasında da destek arayışıyla gidip gelmektedir. Üç yıl önce, PKK lideri Kani Yılmaz Londra'da "politik çözüm" peşinde koşarken, tutuklanıp, iki yıl hapsedildikten sonra, Almanya'ya iade edildi ve şimdi "terörist örgüte" önderlik yapmaktan yargılanmaktadır. Kani Yılmaz'a özgürlük!

Kürtleri doğrudan ezenler Yakın Doğu burjuvazileri olduğu halde, emperyalizme ve onun bölgeye müdahalelerine karşı çıkmaksızın Kürtler için kendi kaderlerini tayin gerçekleştiremez. 1991 Körfez Savaşını takiben Irak-Kürdistanı, Kürtler için, BM'in incir yaprağıyla örtülüp, ABD ve diğer emperyalistlerin polisliğini yaptığı bir "güvenlik bölgesi" ilan edildi. Ancak, Almanya ve ABD tarafından tepeden tırnağa silahlandırılan Türk rejimi bu "güvenlik bölgesi"ni PKK destekçilerini toparlamak ve öldürmek için, defalarca işgal etti.

Kürdistan'ın ulusal kurtuluşu, 25 milyon Kürdün aralarında paylaşıldığı, İran, Irak, Türkiye ve Suriye'deki dört kapitalist rejimin yıkılmasını ve emperyalist hakimiyetin boyunduruğundan kurtulmayı gerektirir. Kürt kurtuluşunun müttefikleri ve motor gücü, yaşadıkları ülkelerin -kendi sömürücülerine soracak hesapları olan- proleteryanıdır. Bu ülkelerde, Kürdistan'ın sosyalist devrim yoluyla kurtuluşuna kararlılıkla bağlı, çok-uluslu devrimci işçi partilerinin oluşturulması hayati öneme sahiptir. Sadece Yakın Doğu'ya değil, -Türklerle birlikte- Batı Avrupa'nın başlıca sanayi merkezlerine de yayılmış Kürt proleteryanı, Kürt ulusunun kurtuluş mücadelesi ile emperyalist Batı Avrupa'daki proleter devrim arasında canlı bir köprüyü temsil ediyor.

Bu Troçki'nin, kapitalist gelişmeleri emperyalizm tarafından geri bırakılmış ülkeler için öngördüğü sürekli devrim perspektifidir, buna göre; politik demokrasi ve ulusal kurtuluş görevleri ancak, baskı altındaki ulusun liderliğini ele alarak proleteryanın iktidarı ele geçirmesi ve bunun ileri kapitalist ülkelerde sosyalist devrimlerle birleşmesiyle gerçekleşebilir. Bu perspektif; toplumsal ve ulusal baskının her biçimiyle savaşmayı, işçi-sınıfı politik iktidarı için mücadelenin ayrılmaz bir parçası yapan Leninist öncü partilerin kurulmasını gerektirir. Yakın Doğu Sosyalist Federasyonu'nun parçası bir Sosyalist Birleşik Kürdistan Cumhuriyeti için İleri! Kahrolsun emperyalist "Avrupa Kalesi"! Avrupa Birleşik Sosyalist Devletleri için İleri! Dünya çapında yeni Ek Devrimleri için mücadele edecek, Troçki'nin Dördüncü Enternasyonal'inin yeniden oluşturulması için ileri! Enternasyonal Komünist Liga işte bu göreve kararlılıkla bağlıdır. ■

SPARTAKİST

Kahrolsun Irkçı "Avrupa Kalesi"! Sağcı Terörden Kaçan Kürtlere ve Bütün Mültecilere İltica Hakkı!



dpa



Eligio Paoni/Contrasto

İtalyan Halk Cephesi hükümetinin Toplama Kamplarına hapsettiği, Türkiye ve Irak'lı çaresiz Kürt mülteciler

Aşağıda, Enternasyonal Komünist Liga'nın (EKL), Alman ve diğer Batı Avrupa emperyalistlerinin Kürt mültecilere karşı yürüttükleri ırkçı dışlama kampanyasını protesto eden, 12 Ocak tarihli açıklamasını yayınlıyoruz. Bu korkunç kampanya, Türk ordusunun, Alman ve Amerikan silahlarıyla Kürt halkına karşı sürdürdüğü yok etme savaşının bir uzantısıdır.

Enternasyonal Komünist Liga'nın Protesto Açıklaması

Almanya'da otomobil, metal ve kimya endüstrisinin stratejik unsurları olma özelliği taşıyan Türk ve Kürt işçiler, ırkçı kapitalist sistemi ortadan kaldıracak olan gücün önemli bir parçasıdır. Tüm azınlıkların haklarının savunulması, Dördüncü Reich'i paramparça edecek olan proleter devrim mücadelesinden ayrı düşünülemez. İşçi sınıfı ve azınlıklar, ya çıkarları yönünde birlikte ilerleyecek, ya da ayrı ayrı yenileceklerdir.

Aynı şekilde, Kürtlerin bağımsızlık istemlerinin gerçekleşmesi, Yakın Doğu'nun dört kapitalist devletinde verilecek proleter devrim mücadelesine bağlıdır. EKL, bu anlayışı işçi sınıfına taşıyacak, yeni Ekim devrimlerine önderlik edecek enternasyonal Leninist öncü partiler kurmak için mücadele ediyor. PKK'nın (Kürdistan İşçi Partisi) küçük burjuva milliyetçi stratejisi, Troçki'nin sürekli devrim perspektifine taban

tabana zıt olup, Kürtlere, FKÖ'nün (Filistin Kurtuluş Örgütü) siyonist devlet terörüne karşı uzun yıllar sürdürdüğü mücadelesinin sonucunda "elde ettiğinden" fazlasını kazandıramaz: yani, Filistin polisinin kontrolü altında olan "özerk" mahalleler. Spartakist'in bu sayısında, EKL seksiyonlarının daha önce İngilizce, Fransızca, Almanca ve İtalyanca dillerinde dağıttıkları bu açıklamanın Türkçe çevirisini yayınlatabiliyor olmakla gurur duyuyoruz.

Türk rejiminin Kürtlere karşı 13 yıldır sürdürdüğü savaş, Türkiye'nin doğusunu çöle çevirip; 3,500 köyü tamamen yerlebir ederek üç milyonun üzerinde Kürdü yerlerini yurtlarını terk edip göçe zorladı. Kuzey Irak'ta yaşayan Kürtler de, Türkiye'nin, NATO müttefikleri ABD, Almanya, İtalya ve Fransa'nın destekleriyle gerçekleştirdiği askeri saldırılardan nasiplerini aldılar. Bu saldırılardan en sonucusu henüz geçtiğimiz ay gerçekleşti. Bunlar, 1991'de Körfez Savaşı'nda NATO ve Birleşmiş Milletler (BM) birliklerinin gerçekleştirdikleri katliamı takiben Irak nüfusunu aşıktan ölüme mahkum eden yedi yıllık ambargonun üstüne olmaktadır. Bütün bu olup bitenlerin sonucu olarak, geçtiğimiz ay iki silebe doluşarak Türkiye ve Irak'taki sağcı terörden kaçan 900 Kürt ve diğer mülteciler İtalya'ya ulaştıklarında Avrupa'nın bütün emperyalist güçleri, Almanya başta olmak üzere, bu "mülteci akınına" karşı histerik bir ırkçı kampanya

Devamı 22. Sayfada

Bütün Göçmenlere Tam Vatandaşlık Hakkı!